Posener Tageblatt



Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł, mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).



70. Jahrgang | Freitag, 17. April 1931 | Nr. 87

Heute:

Politik:

Aus aller Welt:

Handel:

Spaniens König verzichtet nicht

(Telegr. unserer Berliner Redaktion)

Pr. **Berlin**, 16. April.

Wie aus Madrid gemeldet wird, hat König Alfons im Manifest, das er dem spanischen Volke hinterlassen hat, auf keins seiner Rechte verzichtet. Es heißt hier wörtlich:

„Ich verzichte auf keines meiner Rechte, weil sie über meine Ansprüche hinaus ein von der Geschichte anvertrautes Gut sind und weil ich eines Tages strenge Rechenschaft über die Verwaltung dieses Schatzes abzulegen haben werde. Ich warte den wahren Ausdruck der Meinung des Volkes ab und setze freiwillig die Ausübung der königlichen Gewalt solange aus, bis die Nation sich geäußert hat.“

Hieraus ist zu entnehmen, daß König Alfons augenscheinlich die einberufene Nationalversammlung abwarten will und noch einige Hoffnung auf diese setzt, die allerdings vergeblich sein dürfte.

Wie sich nun herausstellt, ist der Rücktritt des Königs sehr plötzlich und für ihn selbst unerwartet erfolgt. Im letzten Kabinettsrat versuchten die anwesenden Generale den König zum Widerstande zu veranlassen. Sie schlugen ihm vor, den Kriegszustand zu verhängen und zur Diktatur zurückzukehren. Während dieser Verhandlungen traf die Meldung von der Ausrufung der Republik Katalonien ein. Ferner hatte sich inzwischen der Polizeichef von Madrid, Jurgo, für die Republik erklärt. Jurgo erschien in Zivil im Palais und überreichte selbst das republikanische Ultimatum, das dem König den entscheidenden Stoß gab.

Die Revolution scheint nicht so ruhig zu verlaufen, wie anfangs angenommen wurde. Ueber Barcelona ist der Kriegszustand verhängt worden. Es kam dort zu Zusammenstößen mit den freiwilligen Ordnungsmannschaften. Die Gewerkschaften haben den Generalstreik erklärt. Bei dem Einfall in das Gebäude der britischen Handelskammer wurde die Einrichtung zerstört. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen es 3 Tote und über 100 Verletzte gab. Im Büro der freien Gewerkschaften wurden 14 Bomben und 4 Gewehre beschlagnahmt. Der Gewerkschaftsvorstand ist geflüchtet. Der Zivilgouverneur hat einen Haftbefehl gegen ihn erlassen. In republikanischen Kreisen Barcelonas trägt man sich mit dem Gedanken, Barcelona zur Hauptstadt Spaniens zu erklären.

Während der Nacht beruhigte sich die Lage in Barcelona.

Jedoch bleibt die beunruhigende Tatsache der Ausrufung einer selbständigen Republik.

Es handelt sich um einen Gewaltstreich des Obersten Macia, der nicht die Billigung der Madrider Regierung hat, die aber gezwungen ist, zu verhandeln.

In Paris sieht man vor allem die Gefahr einer Zersplitterung der separatistischen Tendenzen und als zweite Gefahr einen Sieg der Linksradikalen,

die der politischen Revolution eine soziale folgen lassen könnte.

In französischen Rechtskreisen scheint man **Vorteile von der spanischen Umwälzung in Marokko** zu erwarten. Die nationalistische Pariser Presse hält es bereits für sicher, daß Spanien entweder freiwillig das Mandat über Marokko preisgebe, oder einmal außerstande sein werde, die spanische **Okkupation** aufrechtzuerhalten.

Die katalanischen Truppen für die Republik

Paris, 15. April. (R.) Wie „Havas“ aus Barcelona berichtet, haben sich in Katalonien die Truppen Oberst Mazia zur Verfügung gestellt. Die Ernennung des Generals Lopez Ochoa zum Generalkapitän von Katalonien sei im Einvernehmen mit der Madrider Regierung erfolgt.

Die Ausrufung der katalanischen Republik durch das Heer sei in katalanischer Sprache erfolgt.

Das Volk verbrüdere sich mit den Soldaten, die zum großen Teil Armbinden in den spanischen republikanischen und in den katalanischen Farben tragen.

Die Königin von Spanien über die Gründe des Umsturzes

Paris, 16. April. (R.) **Ein Korrespondent des „Matin“ konnte in Bayonne einige Worte mit der Königin von Spanien wechseln. Sie erklärte, der letzte Tag im königlichen Palais sei schrecklich gewesen. Die Menge habe, von der jungen Freiheit berauscht, die ganze Nacht über laute Kundgebungen veranstaltet. Es sei nicht möglich, daß das spanische Volk das Königspaar verjage. Das spanische Volk sei sich nicht darüber klar, daß es ein Spielball in den Händen der Kommunisten sei. Diese hätten alle Schuld. Der König habe nicht abgedankt, er habe nicht einmal seine Befugnisse übertragen, er sei einfach abgereist. — Einem Vertreter des „Journal“ erklärte die Königin, eine kommunistische Woge habe alles hinweggefegt, die Leute seien wie losgelassen gewesen. Wenn das Königspaar in Madrid geblieben wäre, wisse sie nicht, was geschehen wäre. Selbst ihr Leben wäre in Gefahr gekommen. Der König habe nicht an die Armee appelliert, und auch nicht an die 10 000 Zivilgardisten sich wenden wollen, die ihm stets die Treue gehalten hätten.**

Polens Aktion gegen Danzig

Minister Straßburger in Warschau — Protestkundgebungen in Gdingen — Die polnische Presse in Erregung

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 16. April.

Die polnische Presse hat in den letzten Monaten einen, man kann es nicht anders nennen, gehässigen Feldzug gegen Danzig geführt. Wenn drei polnischsprechende Kinder in Danzig von einem Rüpel angerempelt werden, so wird eine große politische Aktion daraus gemacht, wobei die offizielle Telegraphen-Agentur keineswegs Zurückhaltung übt, und wenn ein polnischer Matrose angibt, von Hakenkreuzlern überfallen worden zu sein, obwohl seine Angaben bei jedem Unbefangenen größtes Mißtrauen erwecken müssen, so wird dieser Vorfall doch als willkommener Vorwand benutzt, um Danzigs moralischen Kredit zu schädigen. Es liegt ganz offensichtlich System in dieser Methode der offiziellen polnischen Telegraphen-Agentur.

Nach dem Feldzug der letzten Wochen war vorauszusehen, daß irgendein diplomatischer Schritt gegen die Freie Stadt erfolgen würde. Das ist nunmehr auch tatsächlich erfolgt, zunächst durch den Rücktritt des polnischen Kommissars in Danzig, Straßburger. Minister Straßburger hat dem Senat und dem polnischen Außenminister Zaleski ein Schreiben überreicht, in dem er feststellt, daß er seine Aufgabe, die polnische Bevölkerung in Danzig vor Ueberfällen und vor dem Druck der Behörden zu schützen, nicht mehr erfüllen könne. Er motiviert seinen Schritt damit, daß sich in letzter Zeit verschiedene Vorfälle ereignet hätten, die auf den bösen Willen der Danziger Bevölkerung gegenüber Polen hinwiesen. So hätte beispielsweise der Staatsanwalt die Revision in dem Prozeß gegen den Danziger Bürger Gengierski, der einen polnischen Mitbürger ermordet haben soll, wieder zurückgezogen, nachdem er vorher diese Revision dem polnischen Kommissar versprochen hatte. Außerdem hätten die letzten Vorfälle bei dem Ueberfall eines polnischen Matrosen durch Hakenkreuzler und der Bestrafung dieses Matrosen anstatt der Täter gezeigt, wie wenig die Danziger Behörden auf den Schutz der polnischen Bevölkerung in Danzig bedacht seien. Aus allen diesen Gründen sehe sich Minister Straßburger veranlaßt, von seinem Posten zurückzutreten.

Minister Straßburger ist gestern in Warschau eingetroffen und wurde vom Ministerpräsidenten Slawek empfangen.

Auch der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, Graf Gravina, ist gestern abend aus Danzig abgereist und heute morgen in Warschau eingetroffen. Er wird hier mit den maßgebenden polnischen Regierungsstellen in dieser Angelegenheit verhandeln. Inzwischen hat man bereits mit der Organisierung von Protestkundgebungen gegen Danzig begonnen, und zwar zunächst in Gdingen. Dort ist eine Protestversammlung abgehalten worden, in der beschlossen wurde, Danziger Waren zu boykottieren. Eine besondere Kundgebung veranstalteten die Reservisten der polnischen Armee und der Militärorganisation, die sich in längeren Entschließungen gegen Danzig wandte.

Die heutige „Gazeta Polska“ veröffentlicht in einem groß aufgemachten Leitartikel außerordentlich heftige Angriffe gegen Danzig und den Völkerbund und äußert sich im Zusammenhang mit dem Rücktritt Straßburgers wie folgt:

„Unter dem Schutz der Republik Polen befinden sich die Danziger Staatsbürger außerhalb der Freien Stadt Danzig. Wer schützt jedoch die polnischen Staatsbürger in Danzig? Es heißt, daß sie einen doppelten Schutz haben: außer dem Schutz von seiten Polens selbst, noch den von seiten des Kommissars des Völkerbundes als Garanten der besonderen Bevorrechtungen Polens auf diesem Gebiet. Jedoch haben wir es hier mit der paradoxen Tatsache zu tun, daß der Völkerbund auf dem Gebiet der Freien Stadt nicht nur die Belange Polens nicht wahrt, sondern sogar noch die Ausübung der Rechte des polnischen Staates auf dem Gebiete Danzigs hindert. Es ist nicht auszudenken, daß auf dem Gebiete irgendeines selbständigen Staates den fremden Staatsbürgern eine derartige Behandlung zuteil werden kann, wie auf dem Gebiete Danzigs. Nur auf diesem kleinen Flecken Erde, auf dem als Garant der freien Rechte aller fremden Staatsbürger die Autorität des Völkerbundes auftritt, kann man sich ein solches Verhalten erlauben. Die Danziger Bevölkerung, so fährt die „Gazeta Polska“ fort, verhält sich geradezu zynisch gegenüber den Verpflichtungen des Versailler Vertrages und erlaubt sich unerhörte Provokationen gegenüber den Interessen und ihrer Bürger. Polen hingegen behandelt die Vorschriften des Völkerbundes mit voller Loyalität. Der Völkerbund ist, anstatt entsprechend der auf sich übernommenen Verpflichtungen ein regulierender Faktor zu sein, ein hilfloser Zeuge.“

Zum Schluß schreibt das offizielle Organ der Regierung wie folgt: „Wir gestatten uns jedoch die Annahme, daß der Völkerbund sich bei dieser brennenden Frage so engagieren wird, wie es die Aufrechterhaltung seiner Autorität erfordert. Niemand wird es wagen festzustellen, daß die Freie Stadt Danzig dazu geschaffen wurde, um die in ihr wohnenden polnischen Staatsbürger so zu behandeln, als ständen sie außerhalb aller Rechte. Die Schöpfer des Versailler Vertrages hatten sicherlich nicht die Absicht, Danzig unter ein solches Regie zu stellen, das einen solchen Zustand zuläßt, wie ihn die deutschen Chauvinisten schaffen, die straflos Polen morden und verwunden. Die polnische öffentliche Meinung hat sich bisher sehr ruhig gegenüber den systematischen Verletzungen der polnischen Rechte in Danzig verhalten. Aber alle Geduld hat ihre Grenzen. Allen unseren guten Willen und unsere Vorliebe für gute freundschaftliche Beziehungen zu Danzig beantwortet man uns nur mit dem schlechten Willen der Danziger Behörden, mit Barbarei und Provokation. Unser Vertrauen zum Völkerbund ist einer sehr schweren Probe ausgesetzt.“

Auch der „Kurjer Poranny“, der der Regierung nahe steht, kommentiert den Rücktritt Straßburgers recht scharf und schreibt:

„Es ist völlig klar, daß unter diesen Umständen Möglichkeiten erwogen werden, um diesem Sachverhalt ein Ende zu bereiten. Und zwar sowohl von seiten des Völkerbundes, wie auch von seiten der Republik Polen. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Errichtung der Freien Stadt Danzig sind auf der weitgehenden Anerkennung der Selbständigkeit der Freien Stadt basiert in der Annahme, daß sie guten und ehrlichen Willen zeigen wird, ihren Verpflichtungen gegenüber der Republik Polen und den Schützlingen des Völkerbundes zu erfüllen. Diese Annahme ist jedoch bereits vielfach unter den früheren Danziger Regierungen enttäuscht worden und verliert noch gegenwärtig im Zusammenhang mit dem „neuen Kurs“ der Danziger Politik.“

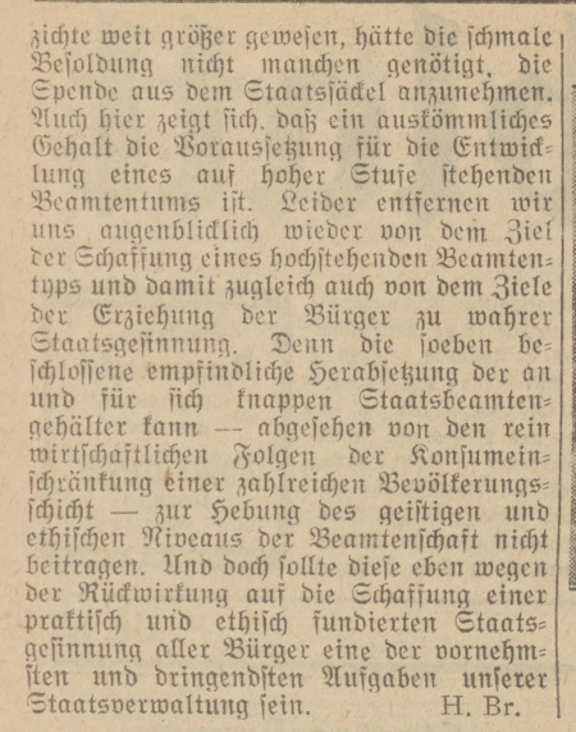
Danziger Allgemeine Zeitung beschlagnahmt

Auf Anordnung des Posener Polizeipräsidenten wurde die heutige Ausgabe der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ wegen einiger Ausführungen über die letzten Zwischenfälle in Danzig beschlagnahmt.

Staatsgesinnung

Mit ungläubigem Erstaunen wird mancher Leser, besonders in Westpolen, die Nachricht der polnischen Presse aufgenommen haben, wonach im abgelaufenen Rechnungsjahre das Kriegsministerium 7½ Millionen Zloty erspart und diese stattliche Summe in Form von Remunerationen an die ihm unterstellten Offiziere und Beamten verteilt hat. Wenn die übrigen Ministerien in der gleichen Weise verfahren sollten, so würden Summen herauskommen, die den schwergeplagten polnischen Steuerzahler nicht gleichgültig lassen können. Aber sei dem wie ihm wolle, von größerer Wichtigkeit für die Entwicklung und Zukunft des Staates ist die grundsätzliche Seite dieses Systems. Wohin soll es führen, wenn die einzelnen Ressorts die erzielten Ersparnisse an den allgemeinen Staatsausgaben als persönliche Einnahmequelle ihrer Beamten betrachten wollten? Denn zweifellos handelt es sich bei so hohen Summen um sachliche Etatspositionen und nicht etwa um Personalfonds, die von vornherein zu Belohnungen, Beihilfen und dergleichen bestimmt sind. Die — gewöhnlich geringfügigen — Restbestände solcher Fonds pflegen allerdings in den meisten Staatsbudgets, zumal sie im Etat als „nicht übertragbar“ bezeichnet sind, am Ende des Rechnungsjahres unter den Beteiligten ausgeschüttet zu werden. Verteilt ein Minister die Ueberschüsse seiner Verwaltung unter seine Beamten, so müßte er sie logischerweise im Falle eines Defizits zur Deckung des Fehlbetrages heranziehen, und da dies nicht angängig ist, so ergibt sich daraus schon das grundsätzlich Falsche des geübten Verfahrens.

Aber die gleichsam geschäftliche Beteiligung der Beamten an einem Verwaltungsüberschuß steht auch der Erziehung eines ethisch hochstehenden Beamtentyps im Wege. Das altpreußische Beamtentum, hochgezüchtet unter dem Einfluß einer strengen Sittenlehre, die in Kants kategorischem Imperativ ihre Krönung fand, bietet wohl das bekannteste Muster des uneingeschränkt und restlos seiner Pflicht lebenden Staatsbeamten. Die Tätigkeit des pflichtgetreuen preußischen Beamten und Lehrers hat natürlich auf die Allgemeinheit zurückgewirkt und nicht wenig zur Schaffung des deutschen Staatsbürgertyps beigetragen, von dessen opferbereiter Hingabe an das Gemeinwohl zuletzt der Weltkrieg Hunderttausende von erschütternden und erhebenden Beispielen geliefert hat. Freilich hat sich dieser Typ unter dem Druck der geistigen und materiellen Not in Deutschland nicht ganz auf der früheren Höhe erhalten können. Die Wechselwirkung zwischen Staatsbürgertum und Staatsbeamtentum zeigt sich in unserem Falle u. a. darin, daß der Bürger seine Steuern ehrlich und, soweit dies möglich ist, auch freudig zahlt, sobald er weiß, daß jeder Groschen von den Beamten sparsam und streng nach den Gesetzen, d. h. für das öffentliche Wohl verwendet wird. Die eingangs erwähnte Gewinnbeteiligung an dem Ressortüberschuß in Form von außergewöhnlichen, im Etat nicht vorgesehenen Remunerationen untergräbt das für die öffentliche Steuermoral unentbehrliche Vertrauen der Allgemeinheit; sie ist auch keineswegs nach dem Wunsch des ehrliebenden Teils der Beamtenschaft. Denn, wie die gleiche Pressenotiz besagt, haben verschiedene Offiziere und Beamte auf diese Art Extraremuneration verzichtet — ein erfreuliches Zeichen für das Vorhandensein einer höheren Berufsauffassung. Staatsgesinnung oder wie man es sonst nennen mag. Sicherlich wäre die Zahl dieser Ver-


zichte weit größer gewesen, hätte die schmale Besoldung nicht manchen genötigt, die Spende aus dem Staatssäckel anzunehmen. Auch hier zeigt sich, daß ein auskömmliches Gehalt die Voraussetzung für die Entwicklung eines auf hoher Stufe stehenden Beamtentums ist. Leider entfernen wir uns augenblicklich wieder von dem Ziel der Schaffung eines hochstehenden Beamtentyps und damit zugleich auch von dem Ziele der Erziehung der Bürger zu wahrer Staatsgesinnung. Denn die soeben beschlossene empfindliche Herabsetzung der an und für sich knappen Staatsbeamtengehälter kann — abgesehen von den rein wirtschaftlichen Folgen der Konsumeinschränkung einer zahlreichen Bevölkerungsschicht — zur Hebung des geistigen und ethischen Niveaus der Beamtenschaft nicht beitragen. Und doch sollte diese eben wegen der Rückwirkung auf die Schaffung einer praktisch und ethisch fundierten Staatsgesinnung aller Bürger eine der vornehmsten und dringendsten Aufgaben unserer Staatsverwaltung sein. H. Br.

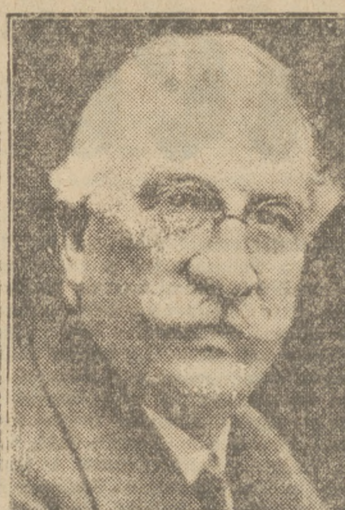
Mitglieder der revolutionären Regierung



Miguel Maura,
Innenminister,
Vertreter der rechtsliberalen Richtung.



Caballero,
Arbeitsminister,
Maurer von Beruf, führendes Mitglied der spanischen Sozialisten.



Lerroux,
Außenminister,
Abgeordneter von Barcelona

Die Zeugenvernehmung im Kürtenprozeß

Düsseldorf, 15. April. (R.) Im Fortgange der Schwurgerichtsverhandlung gegen den Massenmörder Kürten wird Kriminalrat Momberg darüber vernommen, wie Kürtens Spur durch einen Brief seines letzten Opfers, Maria Butlick, an eine Frau Brückner gefunden wurde. Der Brief war irrtümlich an eine falsche Adresse, Frau Brügman, gelangt, die ihn der Polizei übergab. In dem Briefe schilderte die Butlick den Ueberfall Kürten, und aus dieser Schilderung erkannte die Polizei, daß der Täter der langgesuchte Mörder sein mußte. Unter dem Beistande der Butlick wurde der Name und die Wohnung des Täters festgestellt und dieser verhaftet. Der Zeuge gibt eine Darstellung der ersten Vernehmung Kürtens zum Mülheimer Mord, die sich mit den Angaben des Angeklagten deckt. Der Vorsitzende fordert den Zeugen auf, seine Ansicht über die Glaubwürdigkeit der Geständnisse Kürtens zu äußern. Momberg erklärt, Kürten sei eine Stunde nach der Festnahme an die Tatorte geführt worden, habe dort die Art der Ausführung seiner Taten geschildert und auch angegeben, wie er zu den Tatorten gelangt sei und sich wieder entfernt habe. In den Fällen Kühn, Ohliger und Scheer sei aus dem Schädel der Schwerverletzten die Spitze der Schere, die Kürten als Mordwerkzeug benutzte, operativ entfernt worden. Die Gleichheit der Verletzungen, die Würgemerkmale und die charakteristischen Stichverletzungen in den Schläfen wiesen auf den gleichen Täter hin. Auf eine Frage des Verteidigers erklärt der Zeuge, daß der Täter alle Morde, auch die an den kleinen Mädchen, zugegeben habe. Seiner Frau gegenüber habe er sich nicht offenbart, um ihr die Belohnung zukommen zu lassen, denn diese Aussagen seien erst später gemacht worden. Im Falle Hahn seien die Mörderbriefe die Hauptbeweisstücke. Die Echtheit der Briefe stand fest, als Kürten im Falle Albermann, ohne von den Ermittlungen der Polizei zu wissen, die richtige Stelle als Fund- und Tatort angab.

Der Zeuge Momberg führt weiter an, der Hut, die Tasche und die Schlüssel des Hahn seien tatsächlich in dem Haferfeld gefunden worden, in das Kürten sie geworfen hatte. Die Schaufel, mit der er die Ermordete eingrub, habe Kürten als die seine wiedererkannt. In der Mordnacht und in der Nacht darauf sei er nach Aussage seiner Frau nicht zu Hause gewesen. Zum Falle Reuter berichtet der Zeuge, bei der Leiche habe der Handkoffer gefehlt der in einem Vorgarten gefunden wurde. Der Ring der Reuter sei unter einem Dachsparren des Speichers im Hause des Kürten gefunden worden. Im Falle Dörrier wurde von der Polizei der Abdruck eines Gummiabsatzes genommen, den Kürten getragen hatte. Im Falle Albermann seien die Briefe, die Gleichartigkeit der Verletzungen und die Angabe Kürtens über die Lage der Leiche als hinreichende Indizien anzusehen. Die Lage sei niemand sonst bekannt gewesen. Kürten habe sie genau geschildert. Im Falle der Frau Wanders habe Kürten den zu dem Ueberfall benutzten Hammer sofort erkannt, nachdem er ihn vorher genau beschrieben und sogar skizziert hatte. Mit diesem Hammer seien die Taten an der Reuter, der Dörrier und an Frau Meurer verübt worden. Nunmehr werden einige Zeugen über den vor dem Kriege verübten Ueberfall an der Ecke der Ulman- und Münsterstraße vernommen. Dabei sagt die Mutter des überfallenen Knaben aus, daß sie das Beil, das Kürten in dem Zimmer zurückließ, der Kriminalpolizei gebracht habe. Kürten hatte das Zimmer verlassen, nachdem er von einem im Nebenraum schlafenden Manne angerufen worden war. Der Zeuge, Kriminalkommissar Reibel, schildert das erste Geständnis Kürtens; es habe mit den Brandstiftungen begonnen und sei dann auf die einzelnen Mordtaten übergegangen, wobei der Angeklagte auch den Vorkriegsmord an Christine Klein geschildert habe. Der Zeuge, Kriminalkommissar Wehrmeister, berichtet darauf über den Tatbefund im Falle Klein. Er gibt über die Geständnisse Kürtens und die Ermittlungen der Polizei eine ähnliche Schilderung wie Kriminalkommissar Momberg. Danach sei objektiv und einwandfrei festgestellt worden, daß Kürten der langgesuchte Massenmörder sei. Bei der polizeilichen Vernehmung hätte Kürten gesagt, daß man mit einem Hammer, wie er ihn benutzt habe, im Hofgarten jeden Abend mehrere Menschen von hinten hätte erschlagen können, ohne daß sie einen Laut von sich gegeben hätten. Nach der Vernehmung des Zeugen Wehrmeister erklärt der Vorsitzende den Fall Klein für abgeschlossen. Hiernach wurde eine Mittagspause von 15 Minuten eingelegt.

Düsseldorf, 16. April. (R.) Nach der Eröffnung der Verhandlung am vierten Tage des Prozesses gegen den Massenmörder Kürten fährt der Vorsitzende in der Zeugenvernehmung fort. Der Düsseldorfer Kriminalbeamte Goebel sagt aus, die Leiche des von dem Angeklagten ermordeten Scheer sei morgens gegen 7.30 Uhr gefunden worden. Eine Gastwirtsfrau bekundet hierzu, Scheer habe viel in ihrem Lokal verkehrt und sei am Abend des Mordes gegen ¾11 Uhr stark angetrunken fortgegangen. Die Richtigkeit dieser Aussage wird von dem Zeugen Kirchner bestätigt, der in dem Lokal der Zeugin als Kellner tätig war.

Düsseldorf, 16. April. (R.) Nachdem im weiteren Verlauf des Prozesses gegen den Massenmörder Kürten alle Zeugen zum Fall Scheer erledigt waren, wendet sich die Verhandlung dem Morde an Marie Hahn zu. Hierfür sind mehr als 20 Zeugen geladen. Der Zeuge Kessel hat die Schaufel gefunden, die Kürten zum Ausheben des Grabes für die Hahn benutzte. Die Schaufel wies Kalkspuren auf. Kürten erklärt, er erkenne die Schaufel wieder. Er bittet darum, daß nach der Vernehmung dieses Zeugen die Schaufel fortgestellt werde, was auch geschieht. Eine Bekannte der Hahn schildert diese als ein zwar lebenslustiges, aber im allgemeinen ängstliches Mädchen.

Ist der Höhepunkt erreicht?

Zur Krise des Nationalsozialismus

Von Axel Schmidt.

Wir bringen in folgendem einen kritischen Bericht über die Lage der Nationalsozialistischen Partei, ohne uns allen Aeußerungen unseres Berliner Mitarbeiters anschließen zu wollen. Die Redaktion.

Der Konflikt zwischen Hitler und seiner Berliner Gruppe der Nationalsozialisten unter Stennes mag ausgehen wie er wolle, er bleibt symptomatisch, und ähnliche Vorkommnisse werden sich erneuern. Der Nationalsozialismus besteht, wie schon sein Name sagt, aus zwei Wurzeln: einer nationalen und einer sozialen. Mit anderen Worten, seine Anhänger rekrutieren sich aus der rechten und der linken Seite. Bisher ist es nicht gelungen, diese beiden Elemente zu verschmelzen. Alle radikalen Kräfte von rechts, die in den ersten unruhigen Jahren der Republik zu Putschen griffen, strömten den Nationalsozialisten zu, als der schärfsten Opposition gegen Versailles und Locarno. Ihren Höhepunkt erreichte diese Bewegung im Münchener Putsch. Zu gleicher Zeit aber sammelten sich um Hitlers Fahnen große Massen aus dem früheren Mittelstand, die durch die Inflation proletarisiert waren. Diese antikapitalistisch eingestellten Kreise standen in scharfem Gegensatz zu dem nationalen Element in der Hitlerschen Bewegung. Ihren Zukunftstraum bildeten die Versprechungen des nationalsozialen Wirtschaftsprogramms mit der Brechung der Zinsknechtschaft und anderen, längst von der Wissenschaft als Utopie widerlegten Forderungen. Zu diesen beiden Grundstöcken der Hitlerschen Partei strömten bei den letzten Wahlen Millionen von Arbeitslosen und verbitterten Wählern hinzu. Sie wollten mit dem nationalsozialen Stimmzettel den schärfsten Protest gegen ihre Not einlegen. Alle diejenigen, die es früher besser gehabt haben, wollten der ihnen verhaßten Republik einen Denkzettel mit dem Abmarsch zur radikalen Opposition geben.

Inzwischen hat sich die nationalsozialistische Bewegung in ihrer Führung gewandelt. Von dem revolutionären Elan des Anfangs ist wenig geblieben. Die Parteiorganisation ist groß und straff ausgebildet, für die vielen Beamten in ihr zum Selbstzweck geworden. Aus der revolutionären Bewegung, die den Parlamentarismus anfänglich ablehnte, begann sich eine Partei, wie jede andere auch, zu entwickeln. Mit der Zeit wurde Hitler und seiner nächsten Umgebung die revolutionäre und die soziale Wurzel des Nationalsozialismus peinlich. Man betonte im In- und Auslande immer energischer den legalen Charakter des Nationalsozialismus, der einzig mit dem Stimmzettel in der Hand zur Macht gelangen wolle. Hitler wurde der Grandseigneur, der in München in einem Palais residiert, dessen Ausschmückung ihn viel beansprucht. Im Verkehr mit Künstlern markiert er den Renaissancemenschen.

Die Sturmabteilungen, die noch immer an dem revolutionären Beginn des Nationalsozialismus festhalten, versuchte Hitler, bisher freilich ohne Erfolg, in den Hintergrund zu schieben. Seitdem seine Bewegung von antimarxistisch eingestellten Großindustriellen unterstützt wird, geht sein Ziel dahin, die Nationalsozialistische Partei zu entrevolutionieren, zu entsozialisieren. Hierin liegt der Keim zu neuen Konflikten. Große Teile der Partei sind nur durch das noch bestehende soziale Programm an Hitler gebunden.

So unbedeutend wie der „Angriff" von Goebbels die „kleine Offiziersmeuterei" hinstellt, ist die Affäre Stennes nicht. Ganz nach bolschewistischem Rezept enthält dieses Berliner Sprachrohr der Hitler-Bewegung auf der ersten Seite nur Siegesmeldungen. Auf den inneren Seiten des Blattes aber zeigt sich, daß die von Hitler verordnete Reinigungsaktion doch große Ausmaße annehmen mußte. In Norddeutschland hat sich, wie das Goebbelssche Blatt feststellt, die „Stennesseuche" gerade in die Leitungen der Sturmabteilungen eingefressen. In Berlin haben 900 S. A.-Leute aus der Partei entfernt werden müssen, davon allein 280 Mann aus der 400 Mann zählenden Staffel Schöneberg. In Breslau sind 1500 S. A.-Leute aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden. Am bedenklichsten aber ist, daß die Leitung der Gaue der S. A von Brandenburg und Ostmark, Schlesien und Mecklenburg von dem Nachfolger Stennes' im Amt, dem „Feme-Schulze", wegen Sympathie mit Stennes aufgelöst worden sind. Der Erfolg der Rebellion wird wesentlich davon abhängen, ob Stennes und seine Gruppe genügend Mittel aufbringen kann, um den teuren Parteiapparat mit den entlohnten S. A.-Abteilungen durchzuhalten. Fürs erste ist der revolutionäre Nationalsozialismus, wie sich die Abspaltung nennt, guten Muts. Die revolutionären Nationalsozialisten halten gut besuchte Versammlungen ab, und auch ein Verleger hat sich für ihr Blatt „Arbeiter, Bauern und Soldaten" gefunden. Sollte sich die Meldung bewahrheiten, daß auch zwischen Hitler und Goebbels Unstimmigkeiten entstanden sind, so würde das die Situation für Hitler sehr verschlechtern. Die „Münchener Post" meldet nämlich, daß der von Hitler als Sonderbevollmächtigter nach Berlin entsandte Hauptmann Göring es für notwendig befunden habe, auch gegen Goebbels Maßnahmen zu treffen. Er soll den größten Widersacher Goebbels', den Leiter des nationalsozialistischen Verlags in München, Amann, veranlaßt haben, auch die Leitung des „Angriffs" in Berlin zu übernehmen. Das aber dürfte Goebbels sehr gegen den Strich gehen. Amann hat nämlich noch kürzlich dem „Mephisto der Partei", wie er Goebbels nennt, u. a. „Sabotage der Parteizentrale im Rheinland" vorgeworfen. Auch mit dem Führer der Nationalsozialisten in Sachsen, Killinger, scheint nicht alles in Ordnung zu sein. Auch gegen diesen schwebt ein Untersuchungsverfahren, weil er abwechselnd Hitler als „Münchener Operettendiva" oder als „Schwein" bezeichnet haben soll.

Welch eine große Wandlung Hitler durchgemacht hat, zeigt am besten seine Erklärung, daß er von jedem einzelnen Nationalsozialisten die strikte Erfüllung der vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnung zum Schutze der Republik verlange. Hitler, der Revolutionär, der zusammen mit Ludendorff vom Löwenbräukeller in München auszog, um die deutsche Republik zu stürzen, ist ausgesprochener „Legitimist der deutschen Republik" geworden. **Zu diesem Zweck hat er in letzter Zeit ausländischen Pressevertretern des öfteren verkündet,**

daß der Young-Plan unter allen Umständen erfüllt werden müsse.

Man sieht, eine Entwicklung vom Revolutionär zum Reaktionär. Die Frage ist, wie weit seine Partei diese Entwicklung mitmacht. Der Stennessche Abfall ist, wie man sich erinnern wird, der zweite Protest gegen diese Wandlung vom Sozialismus zum Kapitalismus. Durch das Auseinanderstreben der verschiedenen Gruppen innerhalb der Nationalsozialistischen Partei hat sich ihre Anziehungs- und Stoßkraft natürlich vermindert. Bei den letzten Landes-, Kommunal- und Gewerkschaftswahlen hat sich ein Stillstand der Bewegung erwiesen. Die Millionen von Mitläufern bei der Reichstagswahl, die von den Nationalsozialisten Hilfe für ihre verzweifelte Lage erhofften, sind durch den Auszug der Abgeordneten aus dem Reichstag ernüchtert. Die Einstellung der Berliner Ausgabe des „Völkischen Beobachter" ist ein weiterer Beweis dafür, daß diese mit so großem Erfolg begonnene Bewegung ihren Höhepunkt überschritten zu haben scheint, zumal auch mehrere ihrer Provinzblätter in finanzielle Schwierigkeiten gerieten. Unter solchen Umständen erhebt sich die Frage: Ueberschlägt sich die nationalsozialistische Welle?

Noch ein weiteres kommt hinzu: Die Deutschen sind ein zu ruhiges und ordnungliebendes Volk, um auf die Dauer Parteien zuzustimmen, die, wie die Nationalsozialisten, mit radikalsten Terrorakten gegen ihre Gegner streiten. Daß der Reichspräsident von Hindenburg wieder durch eine Notverordnung verschärfte Strafbestimmungen gegen die Bekämpfer der Republik ausgeben mußte, beginnt viele Wähler der Nationalsozialisten stutzig zu machen. **Noch mehr aber die Tatsache, daß die seinerzeit verurteilten nationalsozialistischen Offiziere inzwischen ihren Uebergang zum Kommunismus vollzogen haben.**

Daß in einer solchen Entwicklung eine große Gefahr für seine Partei besteht, hat auch Hitler erkannt. Er beschwört daher seine Parteigenossen, sich jeglicher Uebergriffe auf die Notverordnungen des Reichspräsidenten zu enthalten und alles nur von der legalen Eroberung der Macht durch den Stimmzettel zu erwarten. Aber die revolutionär eingestellten S. A.-Leute hörten bisher nicht auf seine Befehle, sondern führten den Bürgerkrieg gegen die Kommunisten fort. Wie gesagt, die Wählermassen sind ernüchtert und beginnen, wenn auch widerwillig, einzugestehen, daß das gegenwärtige Kabinett Brüning nicht geringe Erfolge erzielt hat.

Wie König Alfons sein Land verließ

P. R. **Berlin**, 15. April.

Den offiziösen Erklärungen der neuen spanischen Regierung, daß die Revolution einen ruhigen Verlauf nehme, stehen einige Meldungen unabhängiger Agenturen gegenüber, denen zufolge es bereits zu Zusammenstößen zwischen Republikanern und Kommunisten in Barcelona gekommen ist. Bis jetzt hat es hier zwei Tote und eine Anzahl von Verwundeten gegeben. Der Pöbel von Barcelona hat sich die unklare Lage zunutze gemacht, das Gefängnis gestürmt und die Gefangenen, auch abgeurteilte Verbrecher befreit.

Einige Besorgnisse rufen die Zustände in Katalonien hervor.

Zwar hat sich der neue Ministerpräsident Zamora telephonisch mit dem Obersten Macia in Verbindung gesetzt. Das Gespräch soll in außerordentlich freundschaftlichem Ton gehalten gewesen sein. Diplomatischen Berichten zufolge ist jedoch noch völlig unklar, wie die separatistische Bewegung der katalanischen Minderheit verlaufen wird. Die Lage sei unklar und die Schwierigkeiten sehr groß. **Denn die nordspanischen Provinzen steuern auf eine Autonomie im Rahmen eines spanischen Föderativstaates hin, während die Madrider Regierung die unitarische Republik anstrebt.**

Das Berliner Auswärtige Amt hat bisher von der Umwälzung in Spanien noch nicht offiziellen Bericht erhalten. Das dürfte einerseits mit den bevorstehenden Verschiebungen auf den diplomatischen Auslandsposten in Zusammenhang zu bringen, andererseits aber auch darauf zurückzuführen sein, daß die Regierung in Madrid sich noch nicht darüber klar ist, welche Art der Staatsform sie den fremden Regierungen notifizieren soll. Den diplomatischen Berichten zufolge sind auch Auseinandersetzungen der Regierung mit der Armee zu erwarten, da die Republikaner einen bedeutenden Abbau des Offizierkorps beabsichtigen.

Wie sich nachträglich herausstellt, ist die Erklärung der neuen Regierung, Alfons XIII. habe abgedankt, etwas voreilig erfolgt.

Der König ist abgereist, ohne die Abdankung zu unterzeichnen.

In drei Automobilen ist der König in Begleitung der männlichen Mitglieder seiner Familie und einiger höherer Offiziere nach Cartagena gereist, wo ihn ein Kreuzer aufnahm, der ihn nach England bringen soll. Im Hof der Marinewerft, von dem aus die Abreise auf einer Barkasse erfolgte, hatte man eine Ehrenkompagnie aufgestellt, die beim Erscheinen der Automobile präsentierte. Dies entsprach der von der abtretenden Regierung mit der neuen getroffenen Abmachung, derzufolge dem König freier Abzug und Erweisung militärischer Ehren gewährt worden war. Weiterhin sieht die Abmachung

für König Alfons freie Verfügung über sein Vermögen

vor. Der König soll ein Manifest hinterlassen haben, das nach seiner Abreise zu veröffentlichen ist. In diesem Manifest betont Alfons, er sei sich dessen bewußt, daß er eine schwere Verantwortung auf sich laden müßte, falls er gegen den Willen des Volkes handeln würde. Es sei ihm bekannt, daß vielen Spaniern seine Person unerträglich geworden sei. Da er nur die Wohlfahrt des Landes im Auge habe, sei er der Ansicht, etwas Gutes könne nur erreicht werden, wenn er das Land verlasse.

Die Königin hat mit den weiblichen Mitgliedern der Familie die Nacht noch im Palast verbracht. Sie tat kein Auge zu und soll die ganze Zeit mit Packen beschäftigt gewesen sein. Die Menge, die in den anliegenden Straßen die Verkündung der Republik feierte, versuchte vergebens in den Palast einzudringen. Der Palast war von einem starken Gardetruppenaufgebot bewacht. Um 11 Uhr früh verließ dann die königliche Familie durch eine Hintertür das Palais, augenscheinlich um sich Demonstrationen oder unliebsamen Zwischenfällen zu entziehen. Der Pariser Schnellzug nahm sie auf.

An der spanisch-französischen Grenze spielt sich eine wahre Völkerwanderung ab: die Revolutionäre kehren aus dem Exil in ihre Heimat zurück, während die spanische Aristokratie fluchtartig das Land verläßt.

Die Ansichten des Auslandes über den spanischen Umsturz sind sehr geteilt.

In Frankreich erwartet man allgemein einen franzosenfreundlicheren Kurs.

Gleichzeitig bereitet man aber den Emigranten den liebenswürdigsten Empfang vor... Die kon-

Posener Tageblatt
Aus Stadt und Land
Nr. 87
Freitag, den 17. April 1931

Lohnfragen im Stadtparlament

Die Sorgenkinder schlafen noch — Will man Verdienstkreuze einführen? — Mangelhafte Sorge für die Kindergärten — Gegen Herabsetzung der Löhne

jr. **Posen**, 16. April.

Von den „Sorgenkindern" der denkwürdigen Landesausstellung — dem Palmenhaus, dem Stadion und dem Hotel „Polonja" — sollte in der gestrigen Sitzung des Stadtparlaments im Zusammenhang mit der Bewilligung von Nachtragskrediten gesprochen werden. Die betreffenden Vorlagen waren noch nicht spruchreif. Die Akten des Stadions sind übrigens als besonders prüfungsbedürftig von der Wojewodschaft angefordert worden. Man streifte nur kurz den Umbau der Fabrik „Pneumatyk".

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Stadtv. Kowalewski den Unfall in der ul. Dąbrowskiego vor, wo, wie wir berichteten, vor einigen Tagen einer Frau ein Gesimsstück auf den Kopf gefallen war und ihr Verletzungen zugefügt hatte, denen sie inzwischen erlegen ist. Das sollte den Magistrat dazu bewegen, in baufälligen Häusern einmal tüchtig nach dem Rechten zu sehen und durch Beschäftigung von Arbeitslosen bei den Ausbesserungsarbeiten ihrer Not zu steuern.

Für die Vorbereitungen zum feierlichen Empfang Paderewskis, der Ende Juni zur Enthüllung des Wilson-Denkmals zu einem 2—3tägigen Aufenthalt in Posen eintrifft, wurde ein Sonderkomitee eingesetzt, dem die Stadtvv. Hedinger, Wybieralski, Paczkowski, Tylczyński und Dr. Surzyński angehören.

Nach einem Nachruf für den früheren Stadtverordneten Krajna schritt man zur Erledigung des vorgeschriebenen Pensums.

Interessante Momente zeitigten die Vorlagen über die Bewilligung von Ruhestandsgehältern für die Bürovorsteher Kaczmarski und Stachowski, den Bauinspektor Grzegorzewski und den Heizer Sikora. Der Kommunist Brygier geißelte die Höhe der Ruhestandsversorgungen für die Bürovorsteher, während die Referenten durchblicken ließen, daß man

in Anerkennung der Verdienste noch so etwas wie „Verdienstkreuz" verleihen

sollte. Reichlich unbegründet erschien in diesem Zusammenhang die „stolze" Behauptung, daß der zweite der zu emeritierenden Bürovorsteher zu preußischer Zeit Schikanen ausgesetzt gewesen sei.

Bei der Annahme der Satzungen für die städtischen Kindergärten, worüber Frau Dr. Großman berichtete, hielt die Referentin an die Adresse des leider nur spärlich vertretenen Magistrats eine von ehrlichem Zorn gehaltene Philippika, die mit Beifall aufgenommen wurde. Rednerin führte lebhafte Klage über die geringe Sorgfalt, die der Magistrat den Kleinkinderschulen, denen im Erziehungswesen eine große Rolle zukommt, angedeihen lasse. Diese Angelegenheit sei weniger vom gefühlsmäßigen Standpunkt zu betrachten, als vom Gesichtspunkt der gemeinnützigen Interessen. Bemerkenswert ist hierbei, daß der Magistrat die kritischen Aeußerungen mit stoischer Ruhe hinnahm.

Zum Schluß der Beratungen kam die vom Magistrat bereits beschlossene Herabsetzung der Löhne der Arbeiter und Handwerker zur Sprache. In der längeren Debatte, die darüber einsetzte, zeigte sich, daß man sich in der Ablehnung der Lohnkürzungspläne einig war, nur daß sie eben, je nach der Parteirichtung, verschieden beleuchtet wurden.

In der vergangenen Woche war in einer außerordentlichen Versammlung des Berufsverbandes „Praca" kategorisch protestiert worden, mit dem Hinweis darauf, daß der Magistrat nicht die höchsten Arbeitslöhne zahle und deshalb mit der Durchführung seines Beschlusses eine allgemeine Herabsetzung der Löhne bewirken könne, was schließlich durch Verringerung der Kaufkraft der Arbeiterschaft das ganze Wirtschaftsleben ungünstig beeinflussen müsse. Man habe andere Ersparnisquellen finden können, anstatt einen Anschlag gegen die materielle Lage der städtischen Arbeiter und Handwerker zu unternehmen.

Diesem Protest folgte nun gestern die Annahme einer Entschließung des Stadtparlaments, in der an den Magistrat, der übrigens die Lohnkürzung erzwungen haben soll, die Aufforderung ergeht, seinen Beschluß rückgängig zu machen.

Der Stein, der besonders nach der beschlossenen Gehaltskürzung der Staatsbeamten auch an der Front der Posener Kommunalpolitik ins Rollen zu kommen schien, ist vorläufig aufgehalten worden. Wie lange aber diese Bremse wirksam bleibt, wird vielleicht schon die nächste Zukunft zeigen.

Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß wir vor einer Welle neuer Lohn- und Gehaltskämpfe größeren Stiles stehen.

Immerhin hätte es der Magistrat lieber vermeiden sollen, in diesem wunden Punkte gleichsam ein „Beispiel zur Nachahmung" zu geben.

Dreister Raubüberfall in Posen

× In der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch ist im Hause ul. Sew. Mielżyńskiego 3 ein sehr dreister Raubüberfall auf die Wohnung des Fabrikbesitzers Franciszek Jankowski, der dort allein wohnt, verübt worden. Gegen ½2 Uhr nachts waren zwei Räuber vom Hofe aus durch das große Fenster der Speicherkammer eingedrungen, von wo sie ohne Schwierigkeiten in die Küche gelangten. Sie schlichen sich dann in das Schlafzimmer, wo Jankowski durch das Bellen eines Pinschers geweckt wurde.

Bevor er sich aber über die Lage orientieren konnte, hatte ihn einer der Banditen gepackt und begann ihn zu würgen,

während der andere in das Badezimmer stürzte, wo in der Wand eine Stahlkassette eingemauert war. Während er nun daran ging, die Kassette mit Hilfe der mitgebrachten Werkzeuge aufzuknacken, kämpfte Jankowski verzweifelt mit dem zweiten Banditen, bis es ihm gelang, den unter dem Kissen verborgenen Revolver zu erfassen und zwei Schüsse auf den Banditen abzugeben. Die Schüsse gingen jedoch fehl. Der zweite Bandit hatte inzwischen die Kassette geöffnet und geleert, kam nun aus dem Badezimmer mit der Parole, daß der andere schießen sollte. Darauf schoß der Komplize auf Jankowski, aber der Schuß ging auch fehl. Die Banditen ergriffen die Flucht und verschwanden durch den Fronteingang in der Dunkelheit. Es waren ihnen Schmucksachen im Werte von 5000 Zloty, sowie Geld und Wechsel im Werte von etwa 3000 Zloty zum Opfer gefallen.

Aber schon nach einigen Stunden gelang es der Polizei, der Täter habhaft zu werden.

Sie wurden beide am Mittwoch zusammen mit 3 Hehlern verhaftet. Die erste Revision bei den Hehlern verlief ergebnislos. Man fand nur den Revolver und Schmuckkästchen. Erst eine peinliche, mühsame Revision führte zur Aufdeckung der in den Möbeln versteckten Brillanten und des Geldes. Bei dieser Gelegenheit wurden auch eine Reihe Gegenstände gefunden, die aus anderen Diebstählen herrührten. Die Namen der Täter werden einstweilen geheim gehalten. Die Nachricht von dem kühnen Ueberfall hat große Sensation erweckt, um so mehr, als der Ueberfall an einem der verkehrsreichsten Punkte der Stadt ausgeführt wurde.

Schankrecht wird weiter Deutschen entzogen

to. **Kolmar, 15. April. Trotz Liquidationsvertrag und trotzdem im Sejm vor einiger Zeit neue Bestimmungen über den Alkoholverkauf beschlossen worden sind, wird die Entziehung von Schankkonzessionen, welche sich in deutscher Hand befinden, fortgesetzt. So ist in den letzten Tagen dem Gastwirt G. Zellmer in Jankendorf, Kreis Kolmar, der Schankkonsens mit einer sechsmonatigen Frist aufgekündigt, obwohl Genannter der einzige Konzessionsträger in der zirka 1000 Einwohner großen fast rein deutschen Gemeinde ist. Ebenso hat die Aufkündigung der Schankkonzession der Gastwirt Hagedorn in Chrostowo hiesigen Kreises erhalten. In beiden Fällen liegen weder Vorbestrafungen noch sonstige Gründe für die Kündigung vor, und die Betroffenen gehen dadurch einer wesentlichen Einnahme- und Existenzquelle verlustig.**

Kirchendiebstahl

Nach einer Meldung der „Gazeta Poranna" in Lemberg sind unbekannte Täter in die Kirche von Sarnowiec eingebrochen, wo sie liturgische Geräte, 4 vergoldete Silberbüchsen, 2 silberne Monstranzen und 3 silberne Kelche im Gesamtwerte von etwa 3200 Zloty entwendeten.

Kolmar

to. Am 11. d. Mts. fand hier eine Sitzung des Rates der Kreissparkasse statt, in welcher u. a. beschlossen wurde, einen kurzfristigen Kredit von 250 000 Zloty bei der Bank Rolny zu beantragen. Ein weiterer langfristigerer Kredit von 500 000 Zloty soll nach Zustimmung des Kreistages ebenfalls bei der Bank Rolny in Antrag gebracht werden. Diese Kredite sollen zur Hergabe von Darlehen an Kreisbewohner Verwendung finden. Von dem Ueberschuß der Kreissparkasse, der im abgelaufenen Rechnungsjahr 32 000 Zloty betragen hat, erhält bestimmungsgemäß der Sparkassenvorstand 10 Prozent und davon der Starost 5 Prozent, der Sparkassendirektor 2½ und das Vorstandsmitglied 2½ Prozent, während 90 Prozent des Ueberschusses für öffentliche Zwecke Verwendung zu finden haben, worüber der Starost bzw. der Kreisausschuß Bestimmung treffen wird.

to. Der Jahrmarkt, welcher hier am 14. d. Mts. stattfand, war sehr schlecht besucht. Auf dem Pferdemarkt waren Pferde nur in geringer Anzahl zum Verkauf gestellt worden.

Lowenitz

× Kr. Jarotschin. Wintervergnügen der Welage. Zu einem etwas verspäteten Wintervergnügen hatten sich die Mitglieder unserer Ortsgruppe am vergangenen Sonnabend zusammengefunden. Nachdem Herr Gutsbesitzer Leo Wege warm gehaltene Begrüßungsworte an die Festteilnehmer gerichtet hatte, legte die hiesige Liebhaberbühne unter Leitung von Herrn Bach Proben ihrer Kunst ab in dem Spiel: „Von einem Bubikopf".

Neutomischel

△ Gefundene Gegenstände. Im hiesigen Polizeirevier ist eine Handtasche und ein Fahrrad abgegeben worden; letzteres dürfte wohl von einem Diebstahl her sein. Die rechtmäßigen Eigentümer dürfen dort ihre Sachen in Empfang nehmen.

△ Den 11. d. M. hatte der hiesige Tennisklub seine Monatsversammlung unter dem Vorsitz von Herrn Nitsche. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung referierte Herr Frejmann über das Thema „Die Technik des Tennisspieles" in sehr plastischer Form.

△ Am 19. d. M. hält die hiesige Stellmacherinnung im Saale des Herrn Koza seine erste Vierteljahresversammlung ab. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht.

Rawitsch

□ Ein Kursus über Obstanbau. Die Ortsgruppe der Welage veranstaltete am vergangenen Dienstag einen eintägigen Kursus über Obstanbau. 31 Mitglieder nahmen daran teil. Der Kursus war als eine Fortsetzung früherer Vorträge gedacht. Als Redner war Gartenbaudirektor Reißert gewonnen worden. Er entledigte sich seiner Aufgabe in recht anschaulicher und praktischer Art. Tafelzeichnungen vervollständigten das Bild seiner Ausführungen. Dieser Kursus war sicherlich eine Notwendigkeit für die meisten Teilnehmer. Der Vereinsvorsitzende der Welage Knappe dankte dem Vortragenden Reißert herzlichst für seine vorzüglichen Ausführungen.

□ Einbruch. Bei der Witwe des Landwirts Hahm in Mossel wurde in voriger Nacht eingebrochen und ein Geldbetrag von 400 Zloty gestohlen. Der Verdacht lenkt sich auf einen Knecht, der vor kurzem von Frau H. entlassen wurde.

Wongrowitz

× Auf dem Zaune erhängt. Der frühere Redakteur der „Wongrowitzer Zeitung", Wojciechowski, ein 51jähriger Mann, wurde auf dem Gartenzaun vor seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Wie dann später festgestellt wurde, war Wojciechowski in schwer betrunkenem Zustande nach Hause zurückgekehrt, wobei er so unglücklich in den Zaun hineinfiel, daß der Kopf zwischen den Zaun gequetscht wurde und er erstickte. Ein Verschulden dritter Personen liegt nicht vor.

Gnesen

× Gefährliche Auseinandersetzung. Wegen einer Beleidigung bewaffnete sich der Landwirt Orlowski mit einem Revolver und schoß auf seinen Gegner, Johann Zieliński aus Malachowice. Der Schuß traf. Glücklicherweise ist die Verwundung nicht lebensgefährlich.

Kleine Posener Chronik

em. Frau Anna Nowaczewska meldete der hiesigen Polizei, daß ihr Ehemann sich aus dem Hause entfernt habe und bisher nicht zurückgekehrt ist. Personalbeschreibung: 1,78 Meter groß, dunkelblond, längliches Gesicht. Bekleidung: brauner Sommerüberzieher, brauner Anzug, grauen Hut und schwarze Schuhe.

Die täglichen Einbrüche und Diebstähle.

em. In die Tischlerwerkstätte des Aleksander Drzewnik, ul. Wąska 2, wurde ein Einbruch verübt, und ein Grammophon und eine Uhr im Werte von 500 Zloty gestohlen. — Diebe drangen in die Bodenkammer des Ryszard Zirpel (Gartenstraße 18) und entwendeten für 600 Zloty Wäsche. — In das Geschäft des Wladislaus Kaiser, ulica Wielka, wurde ein Einbruch verübt. Er wurden für 450 Zloty Waren gestohlen.

Uebungen der Reserveoffiziere

× Die Militärbehörden werden demnächst namentliche Aufforderungen an die Reserveoffiziere erlassen, die in diesem Jahre zu militärischen Uebungen einberufen werden. Im Sinne der Anordnung des Kriegsministeriums werden zu diesen Uebungen in diesem Jahre berufen:

1. Zu 6 Wochen alle Reserveoffiziere, die im vergangenen Jahre einberufen wurden, aber keine Uebungen mitmachten, außerdem alle Offiziere der Jahrgänge 1895, 1902, 1903 und 1905, sowie diejenigen der Jahrgänge 1894, 1896, 1897, 1899 und 1900, die im vergangenen Jahre die ersten Uebungen als neuernannt oder aus den früheren Teilgebietsheeren neu aufgenommen, mitgemacht haben, endlich von den Jahrgängen 1900, 1901, 1902, 1903, 1904 und 1905 diejenigen, die bis zum 1. Januar 1931 neuernannte Reserveoffiziere oder in das polnische Heer aus den früheren Teilgebietsheeren frisch aufgenommen waren.

2. Auf 8 Wochen: Reserveoffiziere und Fähnriche der Reserve, der Flugzeugabwehrartillerie, der Artillerie- und Radiovermessungen aus allen Kategorien, die im ersten Punkte aufgeführt sind, ferner Leutnantskandidaten aus der Mitte der Freiwilligen, die ein Gesuch wegen Ernennung zum Reserveoffizier angestellt haben.

Berufen werden auch a) alle Fähnriche der Reserve, die die Reservefähnrichschule 1929 beendet haben, b) die Hälfte im Flugwesen und beim Ballondienst aus der Mitte derjenigen, die die Reservefähnrichschule 1930 beendet haben, c) diejenigen, die im vergangenen Jahre einberufen wurden, aber keine Uebungen mitgemacht haben, und schließlich d) alle Absolventen von Reservefähnrichschulen, die eine Uebung in der Reserve mitgemacht haben und nicht zu Leutnants qualifiziert worden sind.

Wann kommt „er"?

Im Park auf einem kleinen Teich schwamm neulich, als die Sonne heuchlerisch vom baldigen Frühling prahlte, ein Entenpärchen. Sie glaubten den Lügen der Sonne und der Stare, die vom Frühling pfiffen, und strahlten stolz in ihrem Hochzeitsgewand. Frau Ente machte kühne Tauchversuche, und er ließ seinen prächtigen Hals in aller Pracht leuchten. Ha, nun wird ihnen die Freude am Frühlingsbad mit Hochzeitskleid und allem Drum-und-Dran wohl vergangen sein. Der April hat über Nacht Schnee über uns geschüttet, und am gestrigen Mittwoch zeigte er den ganzen Tag über, daß sein kühler Vorrat noch lange nicht erschöpft sei. — In den Schaufenstern locken die Frühlingskleider — in den Straßen stehen die Pfützen. Glücklich die Frau, die einen Mann besitzt, der beim Spaziergang nicht nur am Himmel das Wetter beobachtet, sondern seine Blicke pflasterwärts lenkt und daran denkt, daß ein unvorsichtiger Schritt ihn ein Paar neue Seidenstrümpfe kosten kann! — Aber — wir wollen hoffen, daß Herr Erpel und Frau Ente bald ihr Kleid mit Berechtigung und ohne Vorbehalt tragen! ub.

Zahlungsbefehle zur Entrichtung der Gewerbesteuer

Auf Grund des Art. 79 des Gesetzes über die staatliche Gewerbesteuer vom 15. Juli 1925 (Dz. U. R. P. Nr. 79, Poz. 550) wird den Steuerzahlern des hiesigen Veranlagungsbezirks bekanntgegeben, daß Zahlungsbefehle zur Entrichtung der staatlichen Gewerbesteuer (Umsatzsteuer) für das Jahr 1930 von Unternehmen, die zur öffentlichen Berichtslegung nicht verpflichtet sind, gewerbliche Beschäftigungen und selbständigen freien Berufstätigen ergangen sind. Die fällige Steuer ist in der Posener Finanzkasse bis zum 15. Mai zu zahlen, widrigenfalls zwangsweise Eintreibung mit den entsprechenden Verzugsstrafen und Vollstreckungskosten erfolgt. Gegen die festgesetzten Umsatzquoten und die danach berechneten Steuersummen kann auf Grund des Art. 85 des angezogenen Gesetzes unter Vermittlung der Einschätzungskommission an die Gewerbesteuer-Berufskommission bei der Finanzkammer in Posen spätestens bis zum 15. Mai Berufung eingelegt werden, was jedoch die Pflicht der fristgemäßen Entrichtung der Steuer nicht aufhält. Verspätete Berufungen bleiben unberücksichtigt. Das Berufungsrecht steht Steuerzahlern, die eine Umsatzerklärung ohne triftigen Grund gar nicht oder erst nach dem Termin abgegeben haben (Art. 52 und 55, sowie Art. 86 des Gesetzes über die Gewerbesteuer), nicht zu.

Engländer studiert Arbeitsverhältnisse in Polen

Wie die „Gazeta Polska" meldet, ist vom Außenminister Zaleski und dem Arbeitsminister Dr. Hubicki der frühere Unterstaatssekretär in der ersten Regierung Macdonalds, Herr Davies empfangen worden, der sich besonders für soziale Fragen, Arbeitsschutzgesetzgebung und für die Organisation des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit in Polen interessiert. Er hat sich von Warschau nach Kattowitz begeben, wo er weiter Arbeiterfragen studieren wird.

Mißlungener Selbstmord

In der ul. Wierzbowa in Lodz hat sich ein ungewöhnlicher Selbstmordversuch zugetragen. Der 10jährige Henryk Samiński stürzte sich aus einem Fenster des 3. Stockwerks auf den Hof hinab. Wie durch ein Wunder entging er dem Tode; denn er fiel auf ein Stück Erde, die durch mehrtägige Regengüsse durch und durch aufgeweicht war.

Geschäftliche Mitteilungen

Die Entwicklung der Inlandsproduktion von Kraftfahrzeugen für gewerbliche Zwecke. Wir haben schon s. Zt. die verehrten Leser über das Ereignis auf dem Gebiete der Entwicklung der einheimischen Automobil-Industrie unterrichtet, und zwar darüber, daß die staatlichen Ingenieur-Werke, „Państw. Zakł. Inż.", die Lizenz der berühmten schweizerischen Saurer-Werke in Arbon erwarben.

Wie wir unterrichtet werden, haben die Zaklady Mechaniczne „Ursus", die den staatlichen Ingenieur-Werken gehören, nach Abschluß der einige Monate dauernden Vorarbeiten mit der Montage der kompletten Chassis, Type Saurer, im vollen Umfang begonnen. Die Vorarbeiten zur baldigen Aufnahme der vollkommen selbständigen Produktionen von Saurer-Chassis werden fortgesetzt. Wir hoffen, daß dieser Moment bald eintreten wird, und somit Polen in die Reihe der führenden Länder auf dem Gebiete der Herstellung von Kraftfahrzeugen für gewerbliche Zwecke gestellt wird.

Die erste Serie der vollständig bei „Ursus" montierten Chassis Type Saurer wird in kurzer Zeit auf den Markt gebracht.

Die zweite zu den staatlichen polnischen Ingenieur-Werken gehörende Fabrik „Centralne Warsztaty Samochodowe", kurz C. W. S. genannt, hat die Abteilung für Lastkraftwagen und Autobuskarosserien modernster Typen nach den besten ausländischen Modellen errichtet.

Sowohl die technische Ausstattung der C. W. S. als auch die hervorragende technische Leitung bieten die Gewähr dafür, daß die bei diesen Werken montierten Karosserien den höchsten Ansprüchen genügen.

Allgemeines Aufsehen in Warszawa haben letztens Saurer-Autobusse mit C. W. S.-Karosserien, erworben durch die Lokalbahn Przeworsk-Dynów, erregt.

Posener Tageblatt

Aus aller Welt

Nr. 87

Freitag, den 17. April 1931

Merkwürdige Städte auf Südseeinseln

Eskimos im Stillen Ozean — Wo Menschenfresser in der Autodroschke fahren

Von Jack Mc Laren
(dem bekannten Südseeschriftsteller).

Nirgends in der Welt gibt es so merkwürdige Städte wie auf den Südseeinseln. Man braucht sich nur die Donnerstagsinsel anzusehen, den Mittelpunkt der Perlenindustrie, gerade südlich von Neu-Guinea. Obgleich das Eiland nur 800 Morgen Land umfaßt, bildet es doch ein Gemisch von größten Seltsamkeiten. Diese Stadt ist kosmopolitischer als alle, die ich je gesehen habe.

Auf den hügeligen Straßen trifft man Europäer, Amerikaner, Chinesen, Japaner, Bewohner der benachbarten Südsee-Inseln und alle erdenklichen Rassen, auch solche, die so hoffnungslos miteinander vermischt sind, daß man sie schon gar nicht mehr als Rassen bezeichnen kann. Es leben da sogar ein oder zwei Eskimos und eine Frau aus Patagonien.

Wenn man ein Dutzend Menschen in einer Bar beobachtet, dann kann man sicher sein, wenigstens elf verschiedene Nationalitäten unter ihnen festzustellen. Ein Ethnologe soll ausgerechnet haben, daß alle Völker der Erde auf dieser Insel vertreten sind und sogar noch siebzehn andere, die man sonst nirgends antrifft.

Die Donnerstagsinsel besitzt auch eine Zeitung — wohl die kleinste der Welt —, die aus einem einzelnen, nur auf einer Seite bedruckten Blatt besteht. Sie erscheint dreimal wöchentlich, enthält verschiedene Neuigkeiten und zuweilen Anzeigen über einen Perllogger oder ein anderes Fahrzeug, das zu verkaufen ist.

Diese Insel ist auch der größte Kirchensprengel der englischen Kirche. Er umfaßt den Golf von Carpentaria, das Nordterritorium von Australien, einen Teil von Queensland und die ganze Torres-Straße. Die Kathedrale besteht aus Holz und verzinktem Eisenblech, macht aber einen so würdigen Eindruck, als wäre sie aus edlem Stein mit schöner Architektur erbaut. Das Innere enthält viele Ueberreste von Schiffen, die in Zyklonen umgekommen sind.

Die Bewohner der Donnerstagsinsel sind als starke Trinker bekannt. Um den Wünschen jeder Nationalität entgegenzukommen, müssen die Wirte alle Arten von Getränken auf Lager haben, angefangen mit dem Arrak für den Malaien bis zum Reisbier für den Japaner. Einem Wirte sagt man nach, daß er den Mischlingen solche Getränke verabreiche, in denen er die Liköre aller der Nationalitäten vermengt, von denen der Gast abstammt.

Die Insel hat sogar Telephonverbindung und ein Rathaus, das die Bevölkerung meistens als Tanzsaal benutzt, da sonst nicht viel zu beraten ist. Dann gibt es auch ein Kino unter freiem Himmel, obwohl Regenfälle nicht selten sind. Viele Gebäude scheinen auf den ersten Blick mit Pantomimfiguren angefüllt zu sein, es sind aber nur Taucheranzüge, die da zum Ausbessern hängen. Dann, obgleich man die Stadt in wenigen Minuten durchwandern kann, besitzt sich auch eine Droschke.

Als zweite merkwürdige Stadt möchte ich Suva auf den Fidschi-Inseln nennen, in der sich Barbarentum und höchste Kultur seltsam vermischen. Suva hat asphaltierte Straßen, Autos, Kanalisation, eine Bibliothek, ein Regierungsgebäude, einen Kerker und viele Hotels.

Dann sieht man wieder Eingeborene, die nur eine oder zwei Stufen vom Menschenfressertum entfernt sind; einige machen ganz den Eindruck, als ob sie noch Kannibalen wären

Es gibt da einige Bäume, denen sich niemand zu nähern wagt, weil der Aberglaube herrscht, daß an ihren Zweigen die Geister von totgeborenen Kindern wie Fledermäuse hängen und in der Dunkelheit phosphoreszierend sichtbar werden.

Man sieht die bei den Eingeborenen gebräuchlichen Schlafmatten auf den Verandabrüstungen von hochmodernen Häusern, und man darf an bestimmten Orten nicht pfeifen und nicht husten, da beide Geräusche die Moskitos anziehen. An einem Orte, von dem behauptet wird, er wäre ein Schrein des Moskitogottes, werden süße Kartoffeln und Bananen als Opfer dargebracht.

In vielen Läden sieht man Kava, das Nationalgetränk, das aus einer wurzelähnlichen Knolle hergestellt und in Kokosnußschalen verkauft und getrunken wird. Man ruft: „Gut getrunken!", wenn ein Trunk beendet ist, und wirft die Schale auf den Boden, um die Zufriedenheit mit dem Trunke auszudrücken.

Man sieht eingeborene Polizisten, barfüßige und barhäuptige Söhne der Menschenfresser. Mit Khakijacken und einem Lendengurt bekleidet, regeln diese Beamten den Verkehr, indem sie den modernen Autos lässig die Richtung angeben. Ich erinnere mich nicht, irgendwo etwas so Widersinniges gesehen zu haben.

Daru, eine Insel westlich von Neu-Guinea, besteht zum größten Teil aus Schlamm, Mangrovenbäumen, Moskitos und Malaria. Das Eiland besitzt eine einfache oder doppelte Reihe von Gebäuden und ein Dutzend weißer Einwohner, die Regierungsbeamte, Händler und ähnliches sind. Unter ihnen befindet sich ein Medizinstudent im dritten Semester, der es vorgezogen hat, unter die Wilden zu gehen, anstatt sein Leben in Krankenzimmern zu verbringen. Dann gibt es da auch einen amerikanischen Barbesitzer, der vor dem Alkoholverbot geflohen ist, und noch mehrere andere dunkle Ehrenmänner.

Und dann Port Stewart, 300 Meilen südlich von der Donnerstags-Insel. Diese Stadt hat meistens nur einen oder zwei Einwohner, ist dafür aber an zwei Tagen im Monat überfüllt. Port Stewart dient nämlich nur als Landungsplatz für ein Schiff, das sechsmal im Jahre Vorräte für die Zinngräber im Inlande bringt und die Erzeugnisse abholt.

Da es ein Segelschiff ist, von den Winden, von Ebbe und Flut abhängt, so weiß man nie, wann es ankommt. Die Bergleute haben darum Port Stewart zu einem Warteplatz gemacht Das einzige Hotel macht zur „Schiffszeit" solch gute Geschäfte, daß es davon die ganze Zeit bestehen kann. Ich war einstmals da, als das Schiff erwartet wurde. Es war schon seit drei Wochen überfällig, und alle Getränke, bis auf ein halbes Faß Rum, hatte man ausgetrunken. In dieses Faß wurde von Zeit zu Zeit ein Lot hereingesenkt, um den Inhalt festzustellen. Die Zinngräber, die das Lot sehr aufmerksam beobachteten, boten einen urkomischen Anblick.

Als ich das nächste Mal Port Stewart aufsuchte, lag der Ort ganz verlassen; der Hotelbesitzer war mit Frau und Sohn zu einer Känguruhjagd gegangen.

Und nun gar Cooktown, nach dem Kapitän Cook so benannt, der hier sein Schiff zur Ausbesserung verankerte. Dieser Ort ist eine Stadt aus Holz und verzinktem Eisenblech, die Dutzende von Hotels und eine Bevölkerung von nur einigen hundert Menschen besitzt. Diese vielen Gasthäuser stammen noch aus der Zeit, da in der Nähe eine Goldmine entdeckt wurde und die Stadt eine Bevölkerung von einigen zehntausend Goldgräbern hatte. Die Hotels entstanden über Nacht, und für längere Zeit war die Stadt recht wohlhabend.

Jetzt ist aus der Goldmine nichts mehr zu holen, die Bevölkerung besteht hauptsächlich aus tapferen Männern, die ihre Hoffnung auf neuen Gewinn immer noch nicht sinken lassen. Wie sie es fertig bringen, die Hotels offen zu halten, ihre Steuern zu bezahlen und zu leben, ist ein Geheimnis. Ein Spaßvogel meinte einst, daß sie es nur erreichen, indem einer immer in der Bar des anderen trinkt.

Ein Urwald-Drama

Im tiefsten Innern der unermeßlichen Urwälder des Matto Grosso-Gebietes an dem Ufer des reißenden, von tückischen Raubfischen wimmelnden Juruenas, hatte, wie die „Argentinische Zeitung" berichtet, vor einigen Jahren eine protestantische Mission der Presbyterianer ihren Sitz aufgeschlagen, um den dort lebenden Indianerstämmen den christlichen Glauben, Kultur und Zivilisation zu bringen. Obwohl die in jenen Gebieten ansässigen Stämme fast vollkommen wild sind, gelang es doch dem amerikanischen Missionar Artur Tylee, mit ihnen recht bald in ein gutes Einvernehmen zu gelangen. Die Mission bestand aus dem Leiter Mr. Artur Tylee, seiner Frau Mariana, dem zweieinhalbjährigen Töchterchen, einer Pflegerin und vier Angestellten. Vor allem nahm sich die Mission der Indianer in Krankheitsfällen an. Dadurch zogen sie sich aber den Haß der Medizinmänner der Stämme zu, die nur auf ein günstige Gelegenheit warteten, um ihrem Groll Raum zu geben.

Vor einigen Monaten kamen zwei erkrankte Indianer vom Stamme der Nhambiquares in die Mission, um dort ärztliche Hilfe zu erbitten. Trotz sorgfältigster Pflege starb der eine Indianer, der andere aber wurde in hoffnungslosem Zustande von seinen Stammesgenossen abgeholt, um dann ebenfalls kurze Zeit darauf seinem Leiden zu erliegen. Jetzt war die Zeit für den Medizinmann der Nhambiquaras gekommen. Er erklärte die Weißen für schuldig an dem Tode der beiden Indianer und hetzte sie zum Ueberfall gegen die Mission auf. Eines Tages erschien auf der Missionstation ein Trupp von vierzig Nhambiquaras, die zunächst die friedlichsten Absichten an den Tag legten. Nachdem sie aber in das Haus eingedrungen waren, warfen sie sich auf ein Zeichen des Medizinmannes auf die völlig überraschten Insassen. Der Missionar Artur Tylee sowie die Pflegerin wurden durch Beilhiebe getötet, die herbeieilenden Missionsangestellten durch Pfeilschüsse getötet, ebenso das Töchterchen des Missionars. Nur einem der Angestellten gelang es, unverwundet zu entkommen. Mrs. Mariana Tylee, die Gattin des Missionars, war durch mehrere Kopfhiebe niedergestreckt worden und wurde von den Indianern für tot zurückgelassen. Als sie wieder zu sich gekommen war, schleppte sie sich unter Aufwand ihrer letzten Kräfte in die einen Kilometer entfernte Telegraphenstation Juruena, wohin sich auch der eine Angestellte der Mission geflüchtet hatte. Bevor jedoch eine sofort aufgebrochene Abteilung von Farmern und Polizei den Tatort erreichen konnte, hatten sich die Nhambiquaras in den Schutz des Urwaldes zurückgezogen.

Verdoppelung des Schulbesuchs in Rußland. Angesichts des am Donnerstag zusammengetretenen allrussischen Kongresses für allgemeinen Schulunterricht bringt die Presse, wie die Nachrichtenagentur der sozialistischen Sowjetunion berichtet, Angaben über die entsprechende Tätigkeit der Sowjets während der letzten dreizehn Jahre, worin es u. a. heißt, daß im Gegensatz zum Jahre 1914, wo in Rußland 7 236 000 Kinder die Grundschulen besucht hätten, die entsprechende Zahl im laufenden Jahre vierzehn Millionen betrage.

Der singende Sand

Wenn in der Libyschen Wüste der Abendwind über die hohen Sanddünen streicht, hört man ein eigenartiges Geräusch. Es hört sich an wie fernes Donnergrollen. Dazwischen klingt aber ein Ton, der mit der tiefen Note eines Cellos vergleichbar ist. Bei diesem Ton lauschen die Eingeborenen an ihren Lagerfeuern auf. „Die Geister der Dünen unterhalten sich." Die wissenschaftliche Erklärung dieses eigenartigen Geräusches ist nach den „Times" folgende. Die Sanddünen bestehen aus zwei Arten von Sand, aus grobkörnigem roten, der das Fundament dieser Dünen bildet, und dem weißen Flugsande. Durch den Wind wird der leichtere Flugsand in Bewegung gesetzt; er gleitet über den grobkörnigen Sand und erzeugt so eine Reibung, welche dieses eigenartige Geräusch hervorruft, wobei die engen Täler zwischen den Dünen das Geräusch verstärken und echobildend wirken.

Deutsche Musik in Moskau

Generalmusikdirektor Leo Blech wurde von der Sowjetregierung für mehrere Konzerte nach Moskau verpflichtet. Außerdem sollen in diesem Jahre etwa dreißig deutsche Schauspieler nach Moskau berufen werden.

Bruno Walter in der Mailänder Scala

Ein Eigenbericht aus Mailand meldet uns: Der Abend des Ostersonntags war nicht nur in Italien, sondern auch nördlich der Alpen Mozart gewidmet. Die Don-Giovanni-Aufführung der Mailänder Scala wurde außer von den italienischen Radiostationen auch von Berlin und Wien übertragen. Bruno Walter als Gastdirigent am Pult hat eine Leistung vollbracht, die die italienische Oper zur lange verlorenen rechten Mozart-Tradition wieder zurückführen wird, um die sie sich nach dem Kriege wieder zu bemühen begonnen hat. Don Giovanni war schon im vergangenen Jahre auf dem Programm der Scala. Bruno Walter brachte als Neues seine stilechte Interpretation hinzu, die den Belkanto und das Rezitativ organisch zusammenschloß — der Dirigent bediente selbst das Cembalo — und die vor allem auch in der Behandlung der Tempi ganz erheblich von dem bisher hier Gehörten abwich. Es bedurfte daher eines so grundmusikalischen Orchesters und Opernensembles, um sich nach nur wenigen Proben auf die neue Art umzustellen und die Intentionen des Dirigenten fast ganz zu erfüllen. Der Beifall des Publikums war sehr stark, und die Kritik spendet Walter aufrichtiges Lob.

Pilgerfahrt der deutsch-amerikanischen Hermannssöhne

Der Orden der Hermannssöhne ist eine der ältesten deutschen Organisationen in den Vereinigten Staaten, der bereits im Jahre 1840 gegründet wurde und heute über Hunderte von Gruppen in den meisten Staaten Nordamerikas verfügt. Er hat sich die gegenseitige Unterstützung und Hilfsbereitschaft der deutschen Stammesbrüder, aber auch die Pflege und Förderung deutscher Sitten und schließlich die Durchführung praktischer Unterstützungseinrichtungen zur Aufgabe gemacht. Nun beabsichtigt die Gruppe Omaha (Nebraska) der Hermannssöhne, im Mai dieses Jahres eine „Pilgerfahrt" zum Denkmal ihres Schutzpatrons zu unternehmen, das heißt eine Deutschlandfahrt, die den Teutoburger Wald zum Ziele hat und dabei durch die übrigen Gaue der alten Heimat führen soll.

Deutsche im Ausland

Wie steht es mit Südtirol?

Schon seit Wochen verfolgen wir hier mit Besorgnis die Art der Behandlung der Südtiroler Frage durch gewisse politische Kreise. Sie erfüllt uns mit ernster Sorge. Vielen scheint Südtirol allmählich aus dem Gesichtskreis zu schwinden. Das ist um so verhängnisvoller, als nach einem kurzen Ansatz zu einer Besserung der Verhältnisse sich in den letzten Wochen wiederum ein sehr empfindlicher Rückschlag bemerkbar macht.

Die Ursache liegt darin, daß große Teile der öffentlichen Meinung, geführt durch die politischen Parteien und durch sonstige Körperschaften des politischen, nationalen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Lebens sehr deutlich zu erkennen geben, daß sie an Südtirol kein Interesse mehr haben. In gewissen Kreisen hat sich diese Interessenlosigkeit bis zur Preisgabe und zum Verzicht gesteigert.

Es ist für uns ganz einerlei, ob dieser Umschwung durch die Zugkraft heute besonders gern gehörter Schlagworte oder dadurch hervorgerufen wurde, daß das Ausland es direkt verstanden hat, politisch besonders aktive Gruppen an sich zu ziehen und in ein eng freundschaftliches Verhältnis zu bringen. Maßgebend ist, daß diese geistige Umstellung sich infolge reger Tätigkeit einerseits und allzu großer Sorglosigkeit andererseits immer weiter verbreitet. Dies hemmt und erschwert naturgemäß einen eventuell beabsichtigten Versuch unserer Regierung, auf die Erzielung einer Besserung hinzuarbeiten; **es bestärkt aber vor allem Italien, an dem bisher beschrittenen Wege festzuhalten und ohne Rücksicht auf Minderheitenrecht und Völkerrecht das Deutschtum in Südtirol erbarmungslos auszurotten.**

Es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine Aussicht auf irgendeinen Erfolg nur dann vorhanden ist, wenn das deutsche Volk sich zu Südtirol bekennt. Nur Bekennermut und aufrechtes Handeln kann die Achtung des italienischen Volkes und ein Einlenken desselben erzwingen. Ein Verzicht, der in manchen Fällen geradezu als Verrat zu bezeichnen ist, kann nur verächtlich wirken.

Der Einwand, daß sich in der Sache nichts machen lasse, ist nicht stichhaltig. Es besteht begründete Aussicht auf einen Erfolg, wenn das deutsche Volk zu verstehen gibt, daß es im Zusammenhang mit der Besserung unserer Beziehungen, die für Italien von ungeheurem Wert ist, ein Entgegenkommen den Deutschsüdtirolern gegenüber und eine Achtung ihrer nationalen Lebensbedingungen von Italien unbedingt erwartet und fordert.

Die Italiener hatten früher in Tirol unbedingte sprachliche Gleichberechtigung im Landtag und im Landesausschuß, bei Gericht und in der Verwaltung. Alle Gesetze wurden in beiden Sprachen verlautbart. Alle gemischtsprachigen Orte erhielten italienische Namen, während die deutschen Namen des Trentino ausgemerzt wurden. Es gab 489 Volksschulen mit 1177 Klassen, in welchen der gesamte Unterricht ausschließlich in italienischer Sprache erteilt wurde. Weiter gab es mit rein italienischer Unterrichtssprache 2 Staatsgymnasien, 2 Staatsrealschulen, eine Lehrerbildungsanstalt, eine Lehrerinnenbildungsanstalt, eine Handelsakademie, eine Staatsgewerbeschule, landwirtschaftliche Kurse, 6 Gewerbewanderkurse, 5 kaufmännische Fortbildungsschulen, 20 gewerbliche Fortbildungsschulen, zahlreiche Kindergärten und Kinderheime. Italienische Schulinspektoren überwachten diese Anstalten. Weiter besaßen die Italiener in Tirol vollständige Pressefreiheit, uneingeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, autonome Gemeindeverfassung, selbständige Gemeinde- und Bezirksverwaltung mit selbstgewählten Vertretern.

Heute hingegen werden die Deutschsüdtiroler unter der italienischen Herrschaft ganz anders behandelt. Das ganze Schulwesen, also alle Kindergärten, Volksschulen, Fortbildungsschulen, Mittelschulen und Fachschulen sind italienisch unter italienischen Schulinspektoren.

Die deutsche Sprache wird nur an Fortbildungsschulen und Mittelschulen dreimal wöchentlich durch italienische Lehrer gelehrt. Auch alle Privatschulen sind italienisch. Deutscher Hausunterricht ist für mehr als drei Schüler gleichzeitig gesetzlich verboten, doch wird in vielen Fällen auch Privatunterricht an ein oder zwei Kinder verhindert, und erst vor wenigen Wochen wurde ein Lehrer in Vintschgau, wie wir seiner Zeit berichteten, deshalb ausgewiesen, andere Lehrpersonen amtlich belangt.

Die deutsche Sprache ist in der gesamten Verwaltung und bei Gericht ausgeschaltet. Deutsche Abgeordnete gibt es nicht. Die deutschen Gemeindeverwaltungen wurden aufgelöst und durch Amtsbürgermeister ohne Gemeinderat ersetzt. Vereins- und Versammlungsrecht ist aufgehoben. Sämtliche Orte und Ortsteile, Berge, Bäche und dergleichen erhielten italienische Namen. Der Gebrauch des Namens Tirol oder der alten Ortsnamen ist verboten, desgleichen wird die Anwendung der deutschen Sprache auf Plakaten, Aufschriftstafeln, Ankündigungen und Verlautbarungen, **sogar auf Grabschriften** bestraft. Gelegentlich von Grundenteignungen und des Preisabbaues wird gegen die deutsche Bevölkerung ein starker Druck ausgeübt.

Alle gegenteiligen Mitteilungen und die Nachrichten von einer Besserung der Verhältnisse sind unwahr und dienen nur den eigensüchtigen Interessen bestimmter politischer Gruppen, denen wir uns in jedem Falle, mag ihre sonstige politische Zielsetzung noch so gesund und sympathisch sein, mit aller Kraft entgegenstellen werden.

Wir müssen wieder einmal auf den Leidensweg eines deutschen südtiroler Führers, des 60jährigen Michael Malferteiner, hinweisen. Er wurde verdächtigt, einige Nachrichten über Vorgänge im Lande, deren Richtigkeit nicht einmal bezweifelt wurde, weiter erzählt oder weitergegeben zu haben, so daß sie schließlich über die Grenzen des Landes hinaus bekannt wurden! Dafür wurde er zunächst zu drei Jahren Verbannung verurteilt. Jetzt wurde die Strafe in einen 2jährigen Zwangsaufenthalt in der Stadt Bozen umgewandelt. Die Umwandlung wird mit der Rücksichtnahme auf das Alter und die Familie Malferteiners begründet. Malferteiner konnte bereits in seine Bozener Wohnung zurückkehren, wird jedoch strengstens überwacht. Er darf Bozen nicht verlassen, insbesondere muß Malferteiner in den Vormittagsstunden und am Abend sowie in der Nacht stets in seiner Wohnung anzutreffen sein. Der Besuch öffentlicher Gaststätten ist ihm gestattet. Jedoch ist ihm jedes Gespräch mit einem anderen Gast untersagt. Auch darf er an keinem Tisch Platz nehmen, sondern muß stehend essen und trinken. So wird in Südtirol die Würde aller Deutschen, die Recht und Wahrheit lieben, mit Füßen getreten.

Neue Gefahr für den Rigaer Dom

Die deutsche Friedensgemeinde in Riga, die über die Eigentumsrechte am Rigaer Dom seit 600 Jahren verfügt, hatte den Versuch gemacht, sich auf friedlichem Wege mit der lettischen Friedensgemeinde zu verständigen, um die aus dem politischen Kampf drohenden Gefahren abzuwehren. Die deutsche Gemeinde war bereit, die Hälfte ihrer Rechte an die lettische Gemeinde abzutreten. Sie hat auch das Angebot angenommen, auch die all-lettische Synode hat mit einer Mehrheit von 216 gegen 144 den Vertrag anerkannt. Aber zum Schluß der Tagung ist es der lettischen Garnisongemeinde, die als dritte Gemeinde Anspruch auf den Dom erhebt, gelungen, diesen Vertrag umzustoßen. Die lettische Friedensgemeinde hat ihre Unterschrift zurückgezogen, und es verlautet nun, daß die Garnisonsgemeinde als dritter Vertragspartner mit in das Abkommen eingeschaltet wird. Die ganze lettische evangelische Presse begrüßt einstimmig den Vertragsbruch der Friedensgemeinde. Denn es besteht jetzt die Gefahr, daß in den Besitzergremien des Rigaer Doms die Deutschen in die Minderheit kommen, da ihre Ansprüche auf ein Drittel der früheren Rechte herabgedrückt werden sollen, während die Letten zusammen über zwei Drittel der Stimmen in dem Gremium verfügen würden. Lehnt aber die deutsche Gemeinde den Vertrag zu dritt ab, der fast einer Selbstentäußerung gleichkommen würde, so ergibt sich erneut die Gefahr, daß die Enteignung auf dem Wege einer politischen Handlung, etwa durch einen neuen Volksentscheid, vorgenommen wird. Durch das Zusammengehen der lettischen Friedensgemeinde mit der lettischen Garnisonsgemeinde hat das Vorgehen gegen die bisherigen Eigentümer des Domes einen neuen, für die Deutschen gefahrvoller Auftrieb erhalten.

Die Reduktion der Staatsbeamtengehälter

Die zugespitzte Budgetsituation — Der Zwang zu Ersparnis

◯ Rascher als es der Finanzminister selbst vorausgesehen hat, muss die Operation vor sich gehen und werden den Staatsbeamten 15 Prozent von ihrem Gehalte gestrichen. Matuszewski vertrat noch bis vor kurzem die Ansicht, es werde unter Schonung der niederen Gehälter, unter Wahrung der Existenzinteressen des Beamtentums möglich sein, diese furchtbare Erschwerung des Beamtendaseins bis zum 1. Juli l. J. hinauszuschieben. Indessen teilt ein soeben erschienenes amtliches Kommuniqué mit, dass der Ministerrat beschlossen habe, die Staatsbeamtengehälter schon ab 1. Mai um 15 Prozent herabzusetzen. Dass der Beschluss des Ministerrats unter der Staatsbeamtenschaft grosse Erbitterung hervorgerufen hat, ist mehr als verständlich. Man wendet in diesen Kreisen nicht mit Unrecht ein, dass die Regierung doch mehr Rücksicht auf das allgemeine Beamtenelend, auf die zerrütteltên Haushalte der niederen schlecht bezahlten Beamten, die vielfach überschuldet sind, und nicht zuletzt auf den Lebensstandard hätte nehmen müssen, den der Beamte wahren muss aus Gründen der Repräsentation, der Selbstachtung und einer Autorität zuliebe, die solche Aeusserlichkeiten benötigt.

Solche Betrachtungen können jedoch den Zwang für Polen nicht verringern, mit grösster Beschleunigung das Notwendige zu tun, mag es auch schmerzlich und bitter sein. So wie in Deutschland und Italien, wo man schon vor Monaten unter dem Zwange von Ersparungen angesichts der zugespitzten Budgetsituation zu dieser Massnahme gegriffen hat, waren sich auch die Minister in Polen wohl gewiss im Klaren über die erheblichen Nachteile einer so brutalen Ersparungspolitik. Vor allem durch die Minderung der Kaufkraft, die wieder die Geschäftsleute schädigt. Aber die erste Erwägung eines Finanzministers kann doch nur darin bestehen: zuerst leben, dann philosophieren; vor allem Ordnung in der Bilanz und erst wenn dieser Erfolg errungen ist, sind höhere Erwägungen der Zweckmässigkeit gestattet. Wir haben erst vor kurzem berichtet, dass im Februar und aller Wahrscheinlichkeit auch im März bei den Staatseinnahmen ein Minderertägnis von einigen Millionen gegenüber dem Vorjahre sich gezeigt hat. Die Einnahmen der Monopole, der Warenumsatzsteuer, die Zölle und die direkten Steuern sind wesentlich zurückgegangen. Damit sind jedoch keineswegs die Gefahren erschöpft, die das am 1. April zu Ende gegangene Budgetjahr bedroht haben. Der Staat leistet bekanntlich Zuschüsse zu den Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Rechnet man noch hinzu, dass die Staatsforsten durch die Preiskatastrophe des Holzes getroffen worden sind, bedenkt man, was die Eisenbahnen durch den Rückgang des Güterverkehrs, der Personentransporte und durch die Unstabilität verlieren mussten, dann kann man sich wohl eines gelinden Schauers nicht erwehren, und die angesichts des voraussichtlichen Budgetsdefizits von über 50 Millionen Złoty zwingende Erwägung musste sich Bahn brechen: Weg mit dem Defizit für das neue Budgetjahr, herunter mit den Ausgaben, solange es noch Zeit ist.

Wenn man auch zugeben muss, dass die 15prozentige Reduktion der Staatsbeamtengehälter eine äusserst einschneidende Massnahme darstellt, nicht nur vom rein fiskalischen und budgetären Standpunkt, sondern auch vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt, so kann man doch der Argumentation, mit der die Regierung diesen Schritt begründet, nicht ihre Ueberzeugungskraft absprechen. Leitgedanke des Finanzministers ist die Erwägung: Polen darf kein Defizit in seinem Staatshaushalte fortschleppen. Denn je schwächer ein Staat ist, je ärmer in seinen Kraftreserven, je weniger Kapitalsgewalt ihm zur Verfügung steht, um so mehr muss er peinlich darauf achten, dass die staatsfinanzielle Ehrbarkeit gewahrt werde. Beobachtet man aber die Entwicklung in der staatlichen Ausgabenwirtschaft seit fünf Jahren, so muss man eine fortdauernde Erhöhung des staatlichen Aufwandes um einige hundert Millionen Złoty beklagen, während in anderen Ländern Verminderungen und Ersparungen erfolgt sind. Es musste also die Möglichkeit geschaffen werden, endlich mit dem Grundsatze zu brechen, über die Verhältnisse zu leben. Vielleicht war gerade der Riss im Budget für 1930/31 die Lehre, die man nun sieht, die schmerzliche Erfahrung der Wirtschaftskatastrophe: im Haushalte endlich einmal Ordnung zu machen.

Es lässt sich nicht leugnen, dass die Beamtenschaft mit der 15prozentigen Kürzung ihrer Gehälter ein schweres Opfer auf sich nimmt, das um so grösser ist, als ja der Gehaltsabbau in Polen leider nicht von einem angegemessenen Preisabbau begleitet ist, wie das Fiasko der Preissenkungsaktion deutlich beweist. In erster Linie erscheint also die Beamtenschaft von dieser Massnahme betroffen, da sie einen um rund ein Sechstel ihres Gehaltes geminderten Verdienst hinnehmen muss. Aber darüber hinaus werden davon weite Kreise von Industrie und Handel betroffen, da eine Verkürzung der Beamtengehälter zwangsläufig ein weiteres Sinken der Kaufkraft dieses so wichtigen Konsumenten mit sich bringt, wodurch wiederum die Grundlagen für eine weitere Drosselung der Produktion und in weiterer Folge also Zunahme der Arbeitslosenziffer und alle daraus resultierenden Krisensymptome gegeben sind. Allerdings wendet die Regierung ein: es ist unmöglich in Zeiten einer so schweren Krise, wie wir sie augenblicklich durchleben, an einem Gehaltsniveau festzuhalten, das sich in den Jahren aufsteigender Konjunktur herausgebildet hat. Nach der offiziellen Statistik ist der durchschnittliche Realwert der Staatsbeamtengehälter gegenüber 1927 um 25 Prozent gestiegen. Nominell übertrifft das durchschnittliche Gehalt der Beamten das Gehalt von 1927 nur um 12.8 Prozent. Im Hinblick jedoch auf die gleichzeitige Senkung der Lebenshaltungskosten sei der Realwert der Gehälter in einem viel höheren Grade, nämlich um 25 Prozent, angewachsen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, würde die Streichung der 15 prozentigen Beamtenzulage lediglich bedeuten, dass der Realwert ihrer Gehälter auf das Niveau von Januar 1930 gesenkt wird. Allerdings muss dem gegenüber festgehalten werden, dass die Gehaltsverhältnisse der Staatsbeamten im allgemeinen höchst unbefriedigend sind, und deren Reduktion nur eine weitere Verschlechterung ihres Lebensstandards, und wie bereits oben ausgeführt wurde, ein neuerliches Sinken der Kaufkraft bedeutet, letzten Endes also grossen Teilen der Wirtschaft erheblichen Schaden zufügt.

Schon gelegentlich der Budgetdiskussion, als zum ersten Male der Gedanke einer Gehaltsreduktion auftauchte, wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der einzige Weg für eine Herabsetzung des Budgets in der Senkung der Ausgaben für die staatliche Administration, also des Personalaufwandes, besteht. Statt aber zu so einschneidenden Massnahmen, wie zu einer Senkung der Gehälter die Flucht zu ergreifen, wäre es eher geboten, zunächst Ersparungen im Wege einer Reform des Verwaltungsapparates, also durch einen Abbau der Zahl der Beamten, vorzunehmen. Dieser Weg erscheint uns viel zweckmässiger, da auf diese Weise sich der Druck der allmächtigen Bürokratie auf das Wirtschaftsleben vermindern und gleichzeitig die Notwendigkeit eines Abbaus der Beamtengehälter wegfallen würde. Eine Frucht dieser Reform wäre noch die, dass zumindest ein Teil von der Ueberfülle von Beamten (rund 600 000 Personen) Gelegenheit hätte, andere mehr produktive Berufe zu ergreifen. Zweifellos wäre dieser Weg langwieriger und schwieriger als eine mechanische Herabsetzung der Gehälter, aber schliesslich und endlich wird man auch diesen Weg in Polen beschreiten müssen.

Ist die Regierung zur Ueberzeugung gelangt, dass das für 1931/32 bewilligte Budget von über 2800 Mill. Złoty um 300 Millionen zu hoch gegriffen ist und sieht sie sich daher bemüssigt, durch die Reduktion der Beamtengehälter 200 Millionen zu ersparen, so muss man diesen Entschluss als eine Notmassnahme ansehen, die von Rücksichten auf das Gleichgewicht des Budgets diktiert ist. Damit ist aber die Regierung ihrer Verpflichtung nicht entbunden, so rasch als möglich die Vorbereitungen für eine allgemeine Reform der Staatsadministration zu treffen, deren Durchführung es in Zukunft überflüssig machen würde, zu so drastischen Mitteln wie zu einem Abbau der Gehälter zu greifen. Mit dieser Reform der Verwaltung sieht es bei uns so aus wie mit vielen anderen Reformen. Man spricht von ihnen unaufhörlich, man anerkannt sowohl offiziell als auch inoffiziell ihre dringende Notwendigkeit, und die ganzen Jahre hindurch werden entsprechende Projekte ausgearbeitet, aber im Endergebnis bleibt es nur bei den Absichten. Beispiele dieser Art sind Legion, es genügt jedoch, ausser der Reform der Verwaltung noch auf die Steuerreform und auf die Wohnbaufrage hinzuweisen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat bewirkt, das diese Postulate erhöhte Aktualität gewinnen und auf der anderen Seite kann sich heute die Regierung nicht mehr auf die mangelnde Majorität im Parlament für die Durchführung solcher Pläne berufen. Unter solchen Umständen hat die Regierung die dringende Pflicht, die Arbeiten in der Richtung einer Erfüllung dieser Postulate aufzunehmen und so rasch als möglich zu einem glücklichen Abschluss zu führen.

Polens Handelsbeziehungen mit der Levante

◯ Polens Aussenhandel mit dem Osten zeigt trotz einer leichten Zunahme in den letzten Jahren eine relativ nur langsame Entwicklung und ist immer passiv. Die in der nachstehenden Tabelle angeführten 25 Länder, von denen 18 auf Asien und 7 auf Afrika entfallen, stellen weniger den geographischen als den kulturell-historischen Osten dar. In den Jahren 1928 und 1929 ergibt der Aussenhandel mit diesen Ländern folgendes Bild (in 1000 zł), wobei Russland nicht berücksichtigt erscheint.

Länder:	1928 Einfuhr	1928 Ausfuhr	1928 Saldo
Türkei	2 414	2 411	— 3
Syrien	8	280	+ 272
Palästina	365	922	+ 557
Arabien	18	105	+ 87
Mesopotamien (Irak)	5	235	+ 230
Persien	354	2 156	+ 1 802
Afghanistan	0	250	+ 250
Britisch-Indien	109 249	1 821	—107 428
Ceylon	927	8	— 919
Französisch-Indien	122	20	— 102
Portugiesisch-Indien	24	—	— 24
Brit. Besitz in Malacca und Borneo	7	47	+ 42
Holländisch-Indien	7 755	7 242	— 513
Siam	700	2	— 698
Französisch-Indochina	0	0	0
China	3 023	8 992	+ 5 969
Japan	600	10 750	— 10 150
Philippinen	53	946	+ 899
Marokko	3 785	864	— 2 921
Algier	2 753	641	— 2 112
Tunis	1 290	133	— 1 157
Aegypten	14 319	2 966	— 11 323
Tripolitanien	13	0	— 13
Britisch-Sudan	37	13	— 24
Abessinien	160	93	— 67
Zusammen	147 981	40 929	—107 052

Länder:	1929 Einfuhr	1929 Ausfuhr	1929 Saldo
Türkei	4 127	4 607	+ 480
Syrien	16	1 242	+ 1 226
Palästina	253	1 513	+ 1 260
Arabien	20	30	+ 10
Mesopotamien (Irak)	2	160	+ 158
Persien	459	3 595	+ 3 136
Afghanistan	0	0	0
Britisch-Indien	84 909	3 033	— 81 876
Ceylon	1 906	13	— 1 893
Französisch-Indien	47	103	+ 56
Portugiesisch-Indien	65	11	— 54
Brit. Besitz in Malacca und Borneo	6	0	— 6
Holländisch-Indien	9 771	5 694	— 4 077
Siam	49	179	+ 130
Französisch-Indochina	41	3	— 38
China	1 942	16 361	+ 14 419
Japan	726	15 359	+ 14 633
Philippinen	14	54	+ 40
Marokko	5 932	1 159	— 4 780
Algier	4 038	582	— 3 456
Tunis	3 456	190	— 3 266
Tripolitanien (Lybien)	55	0	— 55
Aegypten	17 326	4 637	— 12 689
Britisch-Sudan	2	5	+ 3
Abessinien	73	86	+ 13
Zusammen	135 235	58 616	— 76 619

Das Verhältnis der Umsätze mit dem Osten zu den Gesamtziffern der polnischen Ein- und Ausfuhr ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich (in 1000 zł):

	1926	1927	1928	1929
Gesamteinfuhr	1 538 909	2 891 972	3 362 264	3 110 982
Einfuhr aus dem Osten	86 822	112 603	147 981	135 235
In Prozent	5.6	3.9	4.4	4.3
Gesamtausfuhr	2 246 309	2 514 470	2 507 990	2 813 360
Ausfuhr nach dem Osten	26 285	45 406	40 429	58 616
In Prozent	1.15	1.8	1.6	2.0
Aktivsaldo zugunsten der östlichen Länder	60 437	67 197	107 052	76 619

Aus dieser Statistik geht also hervor, dass der Aussenhandel mit dem Osten nur einen geringen Prozentsatz des Gesamthandels darstellt. Im Jahre 1929 hat der Wert der Einfuhr aus dem Osten den Wert des Exports erheblich überschritten. Die Bilanz war für Polen passiv und schwankte in den letzten vier Jahren zwischen 60 437 000 und 107 052 000 zł.

Allerdings bietet die Tabelle keine genaue Uebersicht über die tatsächliche Einfuhr Polens aus dem Osten, da ein erheblicher Teil dieses Imports durch Vermittlung europäischer Länder, wie England, Deutschland, Holland, der Tschechoslowakei, Italien, Frankreich u. a. erfolgt und die Waren in vielen Fällen in der Statistik als aus diesen Ländern stammend figurieren. So hat Polen im Jahre 1929 aus England für 10 875 000 zł Kaffee, Tee usw., für 1 585 000 zł Tabak und für 1 580 000 zł Gummi, aus Deutschland in demselben Zeitraum für 4 764 000 zł Gummi und für 2 696 000 zł Jute usw. und aus Holland für 4 341 000 zł Gewürze und für 21 214 000 zł Kaffee, Tee usw. eingeführt. Alle diese Artikel sind in der Hauptsache Produkte des Ostens. Es lässt sich daher mit grosser Wahrscheinlichkeit annehmen, dass dieser versteckte Import mindestens 50 Prozent der Gesamteinfuhr aus dem Osten ausmacht, dass also Polen im Jahre 1929 aus dem Osten Waren im Werte von annähernd 200 Mill. zł bezogen hat. Eine dominierende Rolle in der Einfuhr des Jahres 1929, die 135 235 000 zł erreichte, spielen die in der nachstehenden Tabelle angeführten sechs Länder, deren Import nach Polen ca. 90 Prozent der Gesamteinfuhr Polens aus dem Osten ausmacht und sich im einzelnen in der Hauptsache auf folgende Produkte erstreckte (in 1000 zł):

	Britisch-Indien	Aegypten	Holl. Indien	Marokko	Türkei	Algier
Frisches Obst	—	—	—	—	547	—
Rohleder	2 661	—	—	—	—	—
Kautschuk	1 365	—	764	—	—	—
Jute und Abfälle	28 595	—	—	—	—	—
Baumwolle und Abfälle	17 831	16 857	—	—	295	—
Tabak	—	—	2 554	—	2 518	682
Gewürze	1 070	—	2 926	—	—	—
Metallerze	1 217	—	191	1 870	—	305
Phosphorite	—	—	—	2 516	—	1 423
Bürsten- und Korbwaren	—	—	344	1 134	—	947
Reis aller Art	25 424	—	844	—	—	—
Nüsse, Kastanien, Pistazien	—	—	—	—	376	—
Tee, Kaffee, Kakao	3 706	—	1 507	—	—	—
Zusammen mit anderen Waren	84 909	17 326	9 771	5 932	4 127	4 038

Die Einfuhr aus dem Osten, die sich in der Hauptsache aus Baumwolle, Jute, Reis, Tabak, Tee, Kakao, Erze und andere für Polen notwendige Artikel erstreckt, ist in ständiger Zunahme begriffen. Im Laufe von vier Jahren von 1926 bis 1929 ist dieser Import von 86.8 Mill. auf 135.2 Mill. zł und die Einfuhr aus den obengenannten sechs Ländern von 82.0 Mill. auf 125.9 Mill. zł gestiegen. Angesichts dieser Entwicklung richtet sich das Hauptaugenmerk des polnischen Handels auf dem Gebiete des Imports aus dem Osten in der Hauptsache auf die Anbahnung direkter Beziehungen mit den Produzenten östlicher Produkte und auf die Ausschaltung der fremden Vermittlung, die im Handel mit dem Osten eine grosse Rolle spielt. Auf diesem Wege sind bereits beachtliche Resultate erzielt worden. Während der Arbeitssaison der in Gdingen sich befindlichen Reismühle trifft im Hafen allmonatlich ein grosser Dampfer ein, der Ladungen von ungeschältem Reis direkt aus Britisch-Indien mit sich führt. Im vergangenen Jahre wurde auch in der Einfuhr von Baumwolle über Gdingen begonnen, die zum Teil aus Aegypten stammte.

Eine nicht unerhebliche Zunahme weist auch die Ausfuhr Polens nach dem Osten auf, indem sie in den letzten Jahren von 26 385 000 zł 1926 auf 53 616 000 zł 1929 gestiegen ist, also um mehr als 100 Prozent. Ueber die Struktur des polnischen Exports nach dem Osten unterrichtet die nachstehende Tabelle, welche den Export der hauptsächlichsten Artikel nach den sieben wichtigsten Ländern, die 90 Prozent der polnischen Ausfuhr nach dem Osten aufnehmen, veranschaulicht (in 1000 Złoty):

	China	Japan	Holland	Aegypten	Türkei	Persien	Brit. Indien
Eisen- und Stahlröhren, Schmiedeerzeugnisse	258	4 844	4 876	—	576	668	1 478
Wollgarn	1 081	3 477	—	—	106	—	—
Wollene und halbwollene Gewebe	4 936	1 498	—	1 083	1 337	2 156	—
Zink und Zinkerzeugnisse	251	3 402	219	81	326	—	306
Baumwollgewebe und Posamenteriewaren	1 347	—	—	—	—	274	—
Seidengarn	3 930	—	—	—	—	—	—
Möbel und andere Erzeugnisse aus Holz	291	—	—	1 057	416	—	267
Zement	—	—	—	858	—	—	—
Emailgeschirr	—	—	—	640	—	—	—
Entzündbare Waren	2 495	—	—	—	—	—	—
Eisen, Stahl und Erzeugnisse daraus	—	928	—	—	—	—	—
Anzüge	1 159	—	—	—	—	—	—
Gummierzeugnisse	—	—	—	242	545	—	—
Zusammen mit anderen Waren	13 361	15 359	5 694	4 637	4 607	3 595	3 033

Während jedoch die Einfuhr aus dem Osten eine mehr oder weniger grosse Stabilität in den einzelnen Artikeln aufweist, ist der polnische Export nach dem Osten grösseren Schwankungen unterlegen. Im Jahre 1929 gestaltete sich der polnische Export der wichtigsten Artikel nach dem Osten folgendermassen (in 1000 zł):

Eisen- und Stahlröhren	12 700
Wollene und halbwollene Gewebe	11 010
Zink- und Zinkerzeugnisse	4 585
Wollgarn	4 664
Seidengarn	3 930
Entzündbare Waren	2 495
Möbel und andere Holzerzeugnisse	2 031
Baumwollgewebe und Posamenteriewaren	1 721

An erster Stelle in der Ausfuhr nach dem Osten stehen Eisen- und Stahlröhren, die in der Hauptsache nach Japan, sowie Holländisch- und Britisch-Indien gehen.

Neue Pläne

Schaffung von Kreditauskunftsstellen.

Im Zusammenhang mit den Sanierungsplänen, die gegenwärtig vom Textilhandel erwogen werden, wird in der letzten Zeit die Frage der Organisierung eigener Büros durch die einzelnen Kaufmannsorganisationen ventiliert, die ihren Mitgliedern die notwendigen Informationen über den Stand und die Kreditfähigkeit ihrer Klientel zu erteilen hätten. Die auf diesem Gebiete bisher tätigen Privatinstitute waren, wie sich heute schon zeigt, ihren Aufgaben keineswegs gewachsen, um so mehr als sich ihr Aufgabenkreis bei der Zuspitzung der Krise von Tag zu Tag erweitert hatte. Dies zog äusserst ungünstige Folgen nach sich. Infolgedessen wurde schon seit langem von den Wirtschaftskreisen das Projekt der Schaffung entsprechender Kreditauskunftsstellen bei den einzelnen Handels- und Gewerbekammern erörtert. Dieses Projekt fand jedoch nicht die Billigung der einzelnen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, die der Ansicht sind, dass die Schaffung von Büros bei den einzelnen Kammern diesen Instituten eine zu starke Belastung auferlege und daher mit grossen Schwierigkeiten verbunden wäre. Demgegenüber tragen sich einige Kaufmannsorganisationen in Lodz mit der Absicht, eigene Informations-Kreditbüros zu eröffnen, welche gegen eine geringe Gebühr ihren Mitgliedern Informationen über den Stand und die Kreditwürdigkeit der einzelnen Firmen beizustellen haben. Diese sicherlich zu begrüssende Initiative würde zweifellos zu einer Sanierung der Verhältnisse im Handel beitragen und einen wichtigen Schritt in der Richtung eines Ausbaues des Informationskreditdienstes bilden.

Um die Herabsetzung der Soziallasten

Die Industrie- und Handelskammern erwägen schon längere Zeit die Frage einer Verringerung der sozialen Lasten, die bei der gegenwärtigen Krise zu ihrer Verschärfung beitragen. Ein entsprechendes Referat darüber ist der Industrie- und Handelskammer in Sosnowitz zu Ausarbeitung überwiesen worden. Die Kammer hat bereits entsprechendes Material gesammelt und einen Plan für die Verringerung der sozialen Lasten vorbereitet. Diese Angelegenheit soll auf die Tagesordnung einer der Tagungen des Verbandes der Kammern gesetzt werden, worauf sich dann der Verband mit einer entsprechenden Denkschrift an die Regierung wenden dürfte.

Vertrag mit der United States Lines über das Auswanderergeschäft

Entsprechend den Bestimmungen der Verordnung des Staatspräsidenten, die die Beförderung von Auswanderern nur im direkten Verkehr von einem polnischen bis zum amerikanischen Hafen zulässt, hat die Polnische Transatlantische Schiffahrtsgesellschaft mit der amerikanischen Schiffahrtslinie United States Lines einen Vertrag über unmittelbare Beförderung polnischer Emigranten nach den Vereinigten Staaten abgeschlossen. Verhandlungen über eine gleichartige Regelung des Auswanderergeschäfts nach Kanada sind im Gange. Die Polnische Transatlantische Schiffahrtsgesellschaft ist eine gemeinsame Gründung des staatlichen polnischen Schiffahrtsunternehmens „Żegluga Polska" und der dänischen Ostasiatiske Companiet mit 9 Mill. Złoty Kapital, das sich im Verhältnis von 52 : 48 auf die beiden Teilhaber verteilt.

Märkte

Danzig, 15. April. Amtliche Notierung für 100 kg: Weizen 128 Pfd. 19, Roggen 16, Braugerste 15.50 bis 16.50, Futtergerste 15, Hafer 15—16, Roggenkleie 13.50, Weizenkleie, grobe 13.50. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 2, Roggen 6, Gerste 1, Kleie und Oelkuchen 4.

Produktenbericht. Berlin, 15. April. Roggen und Hafer bei knappem Angebot weiter fest. An der Produktenbörse hat sich auch heute die bessere Grundstimmung erhalten können, obgleich die Preisveränderungen zunächst weniger erheblich waren als an den Vortagen. Der Hauptfaktor für die Aufwärtsbewegung bleibt das anhaltend geringe ersthändige Angebot, während das Geschäft naturgemäss darunter stark leidet. Für Inlandsweizen ist allerdings auch die Nachfrage angesichts der Unsicherheit bezüglich eventueller Regierungsmassnahmen gering, so dass die Preise ziemlich unverändert blieben, nur Mai-Weizen setzte 1 Mark fester ein. Bei Roggen übersteigt dagegen die Nachfrage ziemlich erheblich das Angebot, und für prompte Ware lauteten die Gebote etwa 2 Mark höher. Am Lieferungsmarkt vermochte allerdings auch nur Mai-Roggen von der Befestigung zu profitieren. Weizenmehl liegt weiter ruhig, nur Auszugsmehle finden vereinzelt Beachtung. Roggenmehl begegnet festerer Kauflust und stellt sich bei geringem Angebot erneut 25 Pfennig höher. Hafer und Gerste liegen aus den mehrfach erwähnten Gründen weiter fest, der Haferlieferungsmarkt eröffnete gut behauptet.

Berlin, 15. April. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen 290—292, Roggen 193—195, Braugerste 241 bis 250, Futter- und Industriegerste 224—240, Hafer 180—184, Weizenmehl 34.75—40.50, Roggenmehl 26.75 bis 28.75, Weizenkleie 13—13.25, Roggenkleie 13.25 bis 13.50. Viktoriaerbsen 24—29, kleine Speiseerbsen 23 bis 27, Futtererbsen 19—21, Peluschken 25—30, Ackerbohnen 19—21, Wicken 23—26, blaue Lupinen 13.50 bis 15.50, gelbe Lupinen 22—26, neue Seradella 66—70, Rapskuchen 9.80—10.20, Leinkuchen 14.40—14.60, Trockenschnitzel 7.70—8, Soya-Schrot 14.20—14.90, Kartoffelflocken 15.30 bis 15.80. Handelsrechtliches Lieferungsgeschäft. Weizen: Mai 306 bis 306¼; Juli 300½; September 254½. Roggen: Mai 206½—207; Juli 201½—202¼; September 189. Hafer: Mai 193¾; Juli 201—200¾; September 180½—180 Brief.

Vieh und Fleisch. Berlin, 14. April. (Amtl. Bericht.) Auftrieb: Rinder 1838, darunter Ochsen 318, Bullen 504, Kühe und Färsen 1016, Kälber 3160, Schafe 7078, ohne Kommiss. 914, Schweine 14 891. Zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2941. Auslandsschweine 545. Für 1 Ztr. Lebendgewicht in Rm. Rinder: Ochsen: vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes jüngere 50—52, sonstige vollfleischige jüngere 48—50, fleischige 42—47. Bullen: jüngere vollfl. höchst. Schlachtw. 45—47, sonstige vollfl. oder ausgemästete 42—45, fleischige 40—41, gering genährte 36—38. Kühe: jüngere vollfl. höchsten Schlachtw. 32—39, sonstige vollfl. oder ausgemästete 28—31, fleischige 23—27, gering genährte 18—22. Färsen (Kalbinnen): vollfl. ausgemästete höchsten Schlachtw. 43—47, vollfleischige 37—42, fleischige 33 bis 36. Fresser: mässig genährtes Jungvieh 35—40. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 72—80, mittlere Mast- und Saugkälber 60—75, geringe Kälber 38 bis 52. Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel (Stallmast) 48—52, mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe 1. 42—48, 2. 37—40, fleischiges Schafvieh 35—40, gering genährtes Schafvieh 30—34. Schweine: Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht 44—46, vollfl. Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgew. 44—46, vollfleisch. Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgew. 44—46, vollfl. Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 42—45, fleischige Schweine von ca. 120—160 Pfund Lebendgewicht 40—42, Sauen 40—41. — Marktverlauf: Bei Rindern, Ochsen glatt, sonst mittelmässig, schwere voll vernachlässigt, Kälber glatt. Schafe: Infolge zu starken Auftriebes sehr langsam, bleibt Ueberstand. Schweine glatt, Schluss fest.

Vieh und Fleisch. Warschau. 15. April. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.25—1.45 zł. Aufgetrieben wurden 1252 Stück. Rest des Vormarktes 95 Stück. Tendenz: behauptet.

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Märkte.

Getreide. Posen, 16. April. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen 165 to	27.00

Richtpreise:

Weizen	31.00—31.50
Mahlgerste	24.00—25.00
Braugerste	26.00—27.00
Futterhafer	23.00—24.00
Einheitshafer, zur Saat geeignet	26.50—27.50
Roggenmehl (65%)	39.00—40.00
Weizenmehl (65%)	39.00—40.00
Weizenkleie	22.00—23.00
Weizenkleie (dick)	23.00—24.00
Roggenkleie	21.50—22.50
Rübsamen	38.00—40.00
Senf	42.00—47.00
Sommerwicke	45.00—47.00
Peluschken	47.00—50.00
Felderbsen	26.00—27.00
Viktoriaerbsen	27.00—31.00
Seradella	85.00—92.00
Blaulupinen	24.00—26.00
Gelblupinen	34.00—38.00
Klee, rot	300.00—350.00
Klee, weiss	340.00—460.00
Klee, schwedisch	230.00—260.00
Klee, gelb, ohne Schalen	140.00—170.00
Klee, gelb in Schalen	60.00—70.00
Wundklee	200.00—240.00
Timothyklee	90.00—105.00
Raygras	90.00—110.00
Buchweizen	28.00—30.00
Speisekartoffeln	4.00—4.50
Fabrikkartoffeln	3.50
Exportkartoffeln	5.50—8.00

Gesamttendenz: beständig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 120 to, Weizen 45 to.

Getreide. Lemberg, 15. April. Börsenbericht. Marktpreise für 100 kg in Złoty, Parität Lemberg: Gutsweizen 29—29.50, Sammelweizen 27.50—28, Einheitsroggen 22.75—23, Sammelroggen 22.25—22.50, Mahlgerste 25.25—25.75, Weizenmehl 48—49, Weizenluxusmehl 54—55. Börsenpreise Parität Podwołoczyska: Einheitsroggen 20.75—21. Marktpreise Parität Podwołoczyska: Gutsweizen 27.50—28, Sammelweizen 26—26.50, Einheitsroggen 21.25—21.50, Einheitsgerste 25—25.50, Mahlgerste 23—23.50, Buchweizen 39.50—40.50. Es wurden geringe Umsätze in Roggen und Weizen zu niedrigeren Preisen getätigt. Buchweizen, Gerste und Weizenmehl sind billiger geworden. Tendenz: fallend; Marktverlauf: schwach

Getreide. Warschau, 14. April. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Złoty, Parität Waggon Warschau, festgesetzt: Roggen 25.75 bis 26.25, Weizen 34—35, Einheitshafer 26.50—28, Sammelhafer 25—26, Grützgerste 26—26.50, Weizenluxusmehl 59—69, Weizenmehl 4/0 52—59, Roggenmehl nach Vorschrift 39—41, mittlere Weizenkleie 22—23, Roggenkleie 21.50—22.50, Leinkuchen 32—33, Rapskuchen 22—23, Feld-Speiseerbsen 28—31, Viktoriaerbsen 35—38, Rotklee 300—380, Weissklee 350—450, Saatwicke 43—46, Seradella doppelt gesäubert 88—92, Saatpeluschken 46—48, Blaulupinen 24—26, gelbe Saatlupinen 38—42. Mittlere Umsätze bei behaupteter Tendenz.

Warschauer Börse

Warschau, 15. April. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.825—8.926, Goldrubel 4.73, Tscherwonetz 0,46 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 124.08, Belgrad 15.69, Berlin 212.50, Budapest 155.63, Bukarest 5.31, Danzig 173.43, Helsingfors 22.46, Spanien 90.70, Kairo 44.46½, Kopenhagen 238.70, Oslo 238.70, Riga 171.79, Sofia 6.46½, Stockholm 238.91, Tallinn 237.48, Montreal 8,915.

Fest verzinsliche Werte

	15. 4.	14. 4.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	49.25	49.50
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	72.50	72.50
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zł)	104.50	—
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr)	—	—
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100 G.-zl)	95.00	89.50
7% Stabilisierungs-Anleihe	83.50	82.50

Industrieaktien

	15. 4.	14. 4.		15. 4.	14. 4.
Bank Polski	129.00	130.00	Węgiel	—	—
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	—	—
Puls	—	—	Modrzejów	—	—
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	18.00
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	—	—	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąparków	—	—
Siła i Światło	—	—	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Gosławice	—	—	Br. Jabłków	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	88.00	90.00
W. T. F. Cukru	28.50	28.50	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	—	—	Kijewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—

Tendenz: überwiegend schwächer.

Amtliche Devisenkurse

	15. 4. Geld	15. 4. Brief	14. 4. Geld	14. 4. Brief
Amsterdam	357.40	359.20	357.52	359.32
Danzig	—	—	—	—
Berlin *)	212.21	212.85	212.15	212.78
Brüssel	—	—	—	—
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.25	43.4650	43.25	43.4650
New York (Scheck)	8.898	8.938	8.898	8.938
Paris	34.81	34.99	34.83	35.0050
Prag	26.36	26.49	26.3650	26.49
Rom	46.60	46.84	46.61	46.84
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	125.15	125.77	—	—
Zürich	171.49	172.35	171.49	172.35

*) Ueber London errechnet.

Tendenz:

Danziger Börse.

Danzig, 15. April. Scheck London 25.00¾, Reichsmarknoten 122.56, Dollarnoten 5.14, Złotynoten 57,69.

An der heutigen Devisenbörse war Scheck London mit 25.00¾ notiert, Reichsmarknoten 122.44—68, Dollarnoten 5.1349—1451, Złotynoten 57.63—75, Auszahlung Warschau 57.62—74.

Posener Börse

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte

Notierungen in %:	16. 4.	15. 4.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł)	—	—
5% Konvertierungsanleihe (100 zł)	49.00G	49.00G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.)	—	—
8% Oblig. d. St Posen (100 G.-zł) v. J. 1929	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	—	—
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	86.00G	91.00G
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	37.50B	—
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	86.00G
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	18.75 +	19.00B
3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Pos. Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Ser. II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	—	—
8% Hypothekenbriefe	—	—

Tendenz: unverändert.

Industrieaktien

	16. 4.	15. 4.		16. 4.	15. 4.
Bank Polski	126.00G	129.00B	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf. Victor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	—	—
Bk. Stadthagen	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Cegielski H.	35.00 +	35.00B	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unja	—	—
Goplana	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Gródek Elektr.	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: unverändert.

G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 16. April. (R.) Zu Beginn der heutigen Börse kam wieder etwas Ware an die Märkte, das zum Teil aus Kundschaftskreisen, teilweise aber auch aus Glattstellungen der Spekulation herrührte. Die Kursrückgänge betrugen 1—3 Prozent, vereinzelt auch noch etwas mehr, die schwachen Weltbörsen wurden neben dem versteiften Geldmarkt als Gründe für die Schwäche angegeben. Geldsätze unverändert. Pfandbriefe und Reichsschuldbuchforderungen zur Schwäche neigend. Im Verlaufe sehr ruhig, aber eher etwas freundlicher.

Industrieaktien

Anfangskurse 12 Uhr mittags.

	16. 4.	15. 4.		16. 4.	15. 4.
Accumulator	—	145.00	Laurahütte	38.62	40.00
Adlerwerke	—	—	Lorenz	—	—
Aschaffenburg	83.00	84.00	Motor. Deutz	—	—
Bemberg	99.75	102.50	Nordd. Wolle	64.00	65.50
Berger, Tiefb.	271.00	274.00	Pöge, Elktr.-W.	—	—
Dt. Kabelw.	—	—	Riedel	—	—
Dt. Wolle	—	—	Sachsenwerke	—	—
Dt. Eisenbd.	42.25	—	Sarotti	—	—
Feldmühle	133.75	134.00	Schl. Bgb. u. Zk.	—	—
Körting, Gebr.	—	—	Schl. Textil	—	
Hohenlohe	—	—	Schub. u. Salz.	158.00	162.00
Humpoldt	—	—	Stollb. Zink	—	—
Lahmeyer	—	—			

Tendenz: schwächer.

Terminpapiere

	16. 4.	15. 4.		16. 4.	15. 4.
Dt. R.-Bahn	94.12	94.12	Ges. f. e. Unt.	128.12	129.00
A.G. f. Verkehr	69.87	71.00	Goldschmidt	52.00	52.50
Hamb. Amer.	71.87	71.75	Hbg. Elkt.-W.	121.00	121.50
Hamb. Südam.	—	—	Harpen. Bgw.	—	74.25
Hansa	88.00	92.00	Hoesch	67.50	69.25
Nordd. Lloyd	73.87	73.75	Holzmann	99.00	99.00
Al. Dt. Kr. Ants.	96.87	96.87	Ilse Bergbau	189.50	191.25
Barmer Bank	112.00	112.75	Kali Asch.	163.00	166.25
Berl. Hls.-Ges.	127.50	128.00	Klöcknerw.	70.00	70.50
Com. u. P. Bk.	119.75	120.00	Köln-Neuess.	74.37	—
Darmst. Bank	147.50	148.00	Mannesmann	77.50	79.00
Deutsch. Bank	114.37	114.87	Mansf. Bergb.	—	—
Disc.-Ges.	—	—	Metallwaren	—	76.12
Dresdner Bank	108.75	114.75	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mtdtsch. K.-Bk.	—	—	Obschl. Eis.-Bd.	43.25	45.25
Reichsb. Neue	170.25	170.75	Obschl. Koksw.	79.25	79.50
Schulth. Patz.	178.00	180.25	Orenst. u. Kop.	53.50	54.12
A. E. G.	112.50	114.25	Ostwerke	—	—
Bergmann	97.87	—	Phönix Bgbau	60.37	61.50
Berl. Masch.-F.	48.25	48.25	Rh. Braunkohl.	184.25	185.25
Buderus	—	56.25	Rh. Elktr.-W.	—	—
Cop. Hisp.-A.	294.50	292.00	Rh. Stahlw.	83.25	84.27
Charl. Wasser	89.50	90.50	Riebeck	—	—
Conti Cautch.	119.50	120.75	Rütgerswerke	57.25	58.62
Daimler-Benz	32.75	32.50	Salzdetfurth	256.00	257.50
Dessauer Gas	135.12	136.00	Schl. Elktr.-W.	138.50	138.00
Dt. Erdöl-Ges.	77.75	78.37	Schuck. u. Co.	140.00	142.00
Dt. Maschinen	—	—	Siem. u. Halske	181.50	183.00
Dynam. Nobel	75.00	—	Tietz, Leonh.	120.37	120.62
El. Lief.-Ges.	137.50	137.25	Transradio	—	—
El. Licht u. Kr.	127.37	128.75	Ver. Glanzstoff	—	—
Essen. Steink.	—	—	Ver. Stahlw.	56.25	58.12
I. G. Farben	152.00	154.00	Westeregeln	168.25	170.50
Felten u. Guill.	90.50	90.50	Zellst. Waldh.	103.00	105.25
Gelsenk. Bgw.	82.00	83.50	Otavi	32.25	32.50

	16. 4.	15. 4.
Ablös.-Schuld	58.75	58.75
Ablös.-Schuld ohne Auslösungsrecht	6.62	6.37

Amtliche Devisenkurse

	15. 4. Geld	15. 4. Brief	14. 4. Brief	14. 4. Geld
Buenos Aires	1.442	1.445	1.455	1.459
Bukarest	2.496	2.500	2.498	2.502
Canada	4.192	4.200	4.193	4.201
Japan	2.073	2.077	2.073	2.077
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.381	20.421	20.387	20.427
New York	4.1950	4.2030	4.1965	4.2045
Rio de Janeiro	0.307	0.309	0.307	0.309
Uruguay	2.717	2.823	2.777	2.783
Amsterdam	168.30	168.64	168.42	168.96
Athen	5.44	5.45	5.44	5.45
Brüssel	58.31	58.43	58.34	58.46
Danzig	81.51	81.67	81.53	81.69
Helsingfors	10.556	10.576	10.557	10.577
Italien	21.95	22.00	21.965	22.005
Jugoslawien	7.378	7.392	7.377	7.391
Kopenhagen	112.18	112.40	112.22	112.44
Lissabon	18.85	18.89	18.85	18.89
Oslo	112.17	112.39	112.23	112.45
Paris	16.396	16.416	16.412	16.452
Prag	12.424	12.444	12.426	12.446
Schweiz	80.80	80.96	80.83	80.99
Sofia	3.047	3.043	3.042	3.048
Spanien	43.51	43.59	42.86	42.94
Stockholm	112.26	112.48	112.32	112.54
Talinn	111.71	111.93	111.69	111.91
Budapest	73.125	73.265	73.135	73.275
Wien	58.985	59.105	59.00	59.12
Kairo	20.905	20.935	20.91	20.95
Reykjawik 100 Kronen	92.02	92.20	92.02	92.20
Riga	80.74	80.90	80.74	80.90
Kaunas (Kowno)	41.88	41.96	41.91	41.99
Warschau	—	—	—	—

Ostdevisen. Berlin, 15. April. Auszahlung Posen 46.95—47.15 (100 Rm. = 212.09—212.99), Auszahlung Warschau 46.975—47.175, Auszahlung Kattowitz 46.95 bis 47.15; grosse polnische Noten 46.80—47.20.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Pleschen

× **Veranstaltungen der Welage.** Die Sitzung des Kreisvereins der Welage am vergangenen Sonntag gestaltete sich durch tatkräftige Mithilfe der hiesigen Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe zu einer Festveranstaltung. Nachmittags gegen 5 Uhr erfolgte die Eröffnung durch den Kreisvorsitzenden, Herrn von Becker-Kuczków. Sodann wurde zur Wahl der Delegierten geschritten, die den Kreis in Posen zu vertreten haben. Seitens des Großgrundbesitzes wurde Herr Rittergutsbesitzer Wallmann-Bronów einstimmig gewählt, während als Vertreter des bäuerlichen Besitzes Herr Klenke-Bronisze wice-nowe aufgestellt und ohne Widerspruch gewählt wurde. Nach beendeter Wahl wurde Herrn Erich Bach-Niederdorf das Wort erteilt zu einem Vortrage über „Werden und Vergehen unseres Weltalls“. Mit regem Interesse wurden diese Ausführungen verfolgt und mit reichem Beifall aufgenommen. Nach kurzer Pause folgte der festliche Teil. Das Programm sah eine Aufführung der Ostrowoer Theatergesellschaft vor: „Der Meisterboxer“. Dann kamen die Tanzlustigen zu ihrem Recht.

Ostrowo

+ **Feuer.** In Morawin brannte dem Landwirt Franz Bizner das Wohnhaus nieder. Die Entstehungsursache ist noch nicht geklärt, der Sachschaden beträgt 5000 Złoty.

+ **Marktgebühren.** Der Magistrat hat bei der letzten Sitzung beschlossen, als Marktgebühren für ein Mastschwein 30 Groschen und für ein Pferd 1 Złoty zu erheben.

+ **Gerichtsurteil.** Wegen fahrlässiger Tötung ist die ledige Marie Cierniak aus Taczanów, Kreis Pleschen, zu sechs Monaten Gefängnis mit fünfjähriger Bewährungsfrist von dem hiesigen Bezirksgericht verurteilt worden. Die Angeklagte, Tochter eines Arbeiters, fuhr zur Entbindung in eine Privatklinik nach Posen und kehrte kurze Zeit darauf ins Elternhaus zurück. Auf dem Heimwege schnürte die Angeklagte dem Kinde die Mütze derartig fest, daß es erstickte. Sie begab sich auf den dortigen Friedhof und begrub die Leiche. Die festgestellten polizeilichen Nachforschungen klärten den Fall bald auf, und die vorgenommene Sezierung der Leiche ergab, daß der Tod infolge Erstickung eingetreten ist.

Czarnikau

e. **Naturdenkmal beseitigt.** Das Wahrzeichen des Czarnikauer Marktplatzes, die riesige Kastanie vor der Apotheke, wurde am 15. April umgehauen. Der Baum hatte sich allmählich immer mehr über die Straße geneigt, so daß man befürchten mußte, durch sein Umstürzen könnten Unglücksfälle entstehen.

e. **Kram- und Pferdemarkt.** Der am Mittwoch, dem 14. April, abgehaltene Kram- und Pferdemarkt hatte sehr unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Sehr viel auswärtige Händler mit Waren sind eingetroffen, leider fehlten die Käufer, da wegen der Maul- und Klauenseuche weder Rindvieh noch Schweine aufgetrieben werden durften. Auf dem Pferdemarkt wurden auch nur mäßige Umsätze erzielt.

22. Staatliche Klassenlotterie

5. Klasse — 29. Ziehungstag.

(Ohne Gewähr.)

Hauptgewinne:

Vormittags:

25 000 Złoty — Nr. 180 287;

5000 Złoty — Nr. 207 160, 122 978;

2000 Złoty — Nr. 34 009, 65 303, 69 364, 126 462, 148 507, 195 768, 200 764, 201 232, 207 765;

1000 Złoty — Nr. 19 334, 31 239, 39 428, 42 490, 43 064, 43 759, 93 555, 98 802, 109 273, 114 817, 118 865, 160 294, 190 368, 197 445;

500 Złoty — Nr. 264, 1367, 3804, 9192, 10 933, 12 140, 20 874, 21 524, 22 023, 23 485, 25 684, 26 858, 30 168, 31 720, 37 401, 46 781, 47 235, 48 544, 48 940, 50 736, 56 286, 56 325, 59 707, 60 422, 60 666, 60 848, 62 672, 64 698, 67 767, 70 208, 72 190, 72 226, 74 651, 82 978, 91 104, 92 706, 99 133, 100 454, 103 098, 103 477, 103 746, 104 322, 106 493, 107 105, 112 864, 113 238, 120 901, 124 552, 124 887, 125 099, 125 821, 129 667, 130 158, 130 830, 136 712, 138 627, 139 838, 149 019, 151 200, 152 098, 155 041, 157 145, 158 196, 158 619, 159 912, 160 227, 163 381, 163 591, 168 058, 170 283, 172 628, 172 642, 175 160, 186 935, 187 014, 190 511, 192 410, 193 267, 195 172, 195 543, 196 064, 201,404, 201 669, 203 534, 208 511.

Nachmittags:

1000 Złoty — Nr. 84, 37 468, 81 229, 105 967, 126 734, 130 868, 154 064, 156 040, 159 562, 162 168, 193 170, 198 718, 204 493.

Prämien zu 5000 + 500 Złoty — Nr. 17 071, 5000 + 250 Złoty Nr. 63 035, 79 445, 180 480,

50 000 Złoty — Nr. 25 451,

5000 Złoty Nr. — 170 756,

3000 Złoty — Nr. 14 737, 139 933, 198 472

2000 Złoty — Nr. 41 918, 63 286, 81 668, 101 104, 103 648, 125 262, 148 178, 183 025, 190 577,

500 Złoty — Nr. 4390, 4740, 5609, 6569, 10 363, 11 591, 16 024, 20 579, 24 089, 24 522, 24 722, 24 899, 29 733, 34 630, 39 967, 41 250, 43 028, 43 788, 44 709, 50 801, 54 043, 54 172, 56 172, 60 476, 63 896, 65 461, 69 010, 70 407, 74 086, 73 621, 74 074, 75 791, 77 197, 87 333, 87 818, 97 079, 100 999, 102 671, 107 414, 110 848, 113 282, 115 030, 115 690, 115 674, 118 939, 121 191, 121503, 122 345, 128 191, 133 457, 135 [illegible]92, 137 976, 138 784, 141 612, 141 983, 144 313, 148 761, 156 627, 157 017, 160 802, 162 619, 162 916, 165 367, 166 035, 170 462, 171 349, 174 322, 175 965, 186 790, 197 106, 199 385, 202 895, 205 120, 105 421, 105 900, 206 423, 106 530, 206 930.

Posener Kalender

„Mein Leopold“, dargestellt vom Gemischten Chor. Es dürfte mit Freuden zu begrüßen sein, daß der „Gemischte Chor“-Poznań, welcher sich seit einigen Jahren mit gutem Erfolge bemüht, einen Ersatz für den s. Zt. aufgelösten Deutschen Theaterverein zu bieten, am Mittwoch, dem 29. 4. d. Js., im Zoologischen Garten das 3aktige Volksstück „Mein Leopold“ von Adolph L'Arronge zur Aufführung bringt. Der bestbewährten Regie von Frau Lina Starke haben sich auch diesmal wieder den besten Kräften zur Verfügung gestellt. Der Besuch dieser Veranstaltung dürfte daher nur zu empfehlen sein, zumal, den heutigen schweren Wirtschaftsverhältnissen entsprechend, die Eintrittspreise äußerst niedrig bemessen sind.

Näheres in den demnächst folgenden Anzeigen.

Wohin gehen wir heute?

Theater:

Teatr Wielki.

Donnerstag: „Lady Chic“.
Freitag: „Lady Chic“.
Sonnabend: „Lady Chic“.

Teatr Polski.

Donnerstag: „Der Anfang und das Erde“.
Freitag: „Die Straße“.
Sonnabend: „Vater und Sohn“. Premiere. (Komödie)

Teatr Nowy.

Donnerstag: „Der Andere“. Gastspiel des Junosz-Stępowski.
Freitag: „Der Andere“. Gastspiel des Junosz-Stępowski.

Kinos:

Apollo: „Marokko“. Mit Marlene Dietrich. (½5, ½7, ½9 Uhr.)
Casino: „Pat und Patachon in Bedrängnis“. (5, 7, 9 Uhr.)
Colosseum: „Opfer des Testaments“. Eine sonderbare Mordaffäre. (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis: „Schlaflose Nächte — Tolle Nächte“. (5, 7, 9 Uhr.)
Odeon: „Du vergißt mich“. (5, 7, 9 Uhr.)
Renaissance: „An den Pforten des Todes“. (½5, 6, ½8, 9 Uhr.)
Słońce: „General Crack“. (5, 7, 9 Uhr.)
Stylowe: „Der Fluch des erblich Belasteten“. (5, 7, 9 Uhr.)
Wilson: „Die ungekrönte Königin“. (5, 7, 9 Uhr.)

Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte“, ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555 erteilt.

Nachtdienst der Apotheken vom 11. bis 18. April. Altstadt: Apteka Sapieżyńska, Plac Sapieżyński 1; Apteka pod Eskulapem, Plac Wolności Nr. 13; Apteka p. Złotym Lwem, Stary Rynek 75; Apt. Chwaliszewska, Chwaliszewo 76. — Łazarus: Apteka przy Parku Wilsona, ul. Marsz. Focha 47. Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22. Wilda: Apt Fortuna, Górna Wilda 96. Ständigen Nachtdienst haben Solatsch-Apotheke, Mazowiecka Nr. 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apotheke der Eisenbahnkrankenkasse, St Martin 18, und Apotheke der Stadtkrankenkasse, Pocztowa 25

Wetterkalender

der Posener Wetterwarte für Donnerstag, den 16. April

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft 0 Grad. Westwinde. Barometer 754. Schnee.

Gestern: Höchste Temperatur + 4, niedrigste — 1 Gad Cels. Niederschläge 1 mm.

Wettervoransage für Freitag, den 17. April

Wolkiges und ziemlich kühles Wetter ohne wesentliche Niederschläge. Schwache Luftbewegung.

Rundfunkecke

Rundfunkprogramm für Sonnabend, 18. April.

Posen. 7: Morgengymnastik. 7.15: Morgenztg. 13: Zeitsignal. 13.05: Schallplattenkonzert. 14: Pat.-Berichte, Börsen- und Marktnotierungen. 14.15: Landw. Berichte. 17.45: Von Warschau: Kinderstunde. 18.45: Musik. 20.30: Von Warschau: Konzert leichter Musik.

Breslau-Gleiwitz. 16: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. 16.30: Das Buch des Tages. 16.45: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. 18.20: Stunde der Musik. 18.45: Abendmusik I der Funkkapelle. 19.45: Abendmusik II der Funkkapelle. 20.10: Das wird Sie interessieren. 20.30: Von Berlin: Quer durch Berlin. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.30—0.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königswusterhausen. 12: Schulfunk. 14: Von Berlin: Schallplatten. 15: Kinderbastelstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogischer Funk. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. 19.30: Dichterstunde. 20: Von Hamburg: Kavalleriekonzert. 21: Von Köln: Lustiger Abend. 22.15: Wetter, Nachr. und Sport. Anschl. bis 0.30: Von Berlin: Tanzmusik.

servative englische Presse steht dem abgetretenen König sympathisch gegenüber. Der „Daily Herald“, das Blatt der Arbeiterpartei, übt an ihm scharfe Kritik. Manche sehen in England eine Verschlechterung der englischen Beziehungen zu Spanien voraus. In Amerika ist man vor allem um das Geld besorgt, das man noch vor kurzem der spanischen Regierung zur Stabilisierung der Valuta geliehen hat. Die Peseta stürzt unaufhaltsam.

Der König von Spanien in Marseille

Marseille, 16. April. (R.) Der Kreuzer, an dessen Bord sich der König von Spanien befindet, ist heute früh um 6 Uhr auf der Reede von Marseille angekommen.

Blutige Zusammenstöße in Sevilla

Sevilla, 16. April. (R.) Gestern abend kam es hier zwischen Kommunisten und Gendarmen zu Zusammenstößen. Die Kommunisten wurden von den Gendarmen schließlich in die Flucht getrieben. Bei den Zusammenstößen gab es einen Toten und 7 Verletzte, darunter ein Gendarm.

Sozialistische Schutztruppen für die spanische Republik

Paris, 15. April. (R.) Wie „Havas“ aus Madrid berichtet, haben die sozialistische Partei und die sozialistischen Gewerkschaften der Regierung mitgeteilt, daß sie ihr für den Notfall 100 000 bewaffnete Leute zur Verfügung stellen können.

Gefangene werden freigelassen

Valencia, 16. April. (R.) Gestern vormittag brach im hiesigen Zellengefängnis eine Meuterei aus. Nach vorheriger telephonischer Verständigung des Gefängnisleiters mit der Madrider Regierung erklärte sich diese damit einverstanden, daß man die Gefangenen einstweilen freilasse.

Die spanische Regierung kündigt drei große Prozesse an

Madrid, 15. April. (R.) Die heutige Sitzung des Ministerrats war um 9.30 Uhr abends beendet. Nach Schluß der Sitzung übermittelte der Minister des Innern der Presse eine Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß die Regierung unverzüglich das königliche Palais mit Beschlag belegen werde. Die Wohnräume würden versiegelt und unter dem Schutz der Gendarmerie gestellt werden. Weiter heißt es in der Erklärung, die Regierung habe darüber beraten, wie sie ihrer Verpflichtung gegenüber der Oeffentlichkeit, die Verantwortung für die nationale Katastrophe und die unter dem früheren Regime ergriffenen Maßnahmen aufzuklären, nachkommen könne. Zu diesem Zwecke würden drei Prozesse eingeleitet werden, nämlich erstens zur Feststellung der Verantwortung für die Katastrophe bei Melilla im Jahre 1921; zweitens über die Amtsführung aller derjenigen, die an der ersten Diktatur teilgenommen haben, und drittens über die Revision des Prozesses von Jaca, in dem die Hauptleute Galan und Garcia Hernandez verurteilt wurden. Der Ministerrat beschäftigte sich ferner auf Grund zuverlässiger Informationen mit der Kapitalflucht, die durch die Erklärungen und Ratschläge einer Persönlichkeit der letzten Regierung noch schlimmer geworden sei. Es wurden Beschlüsse zur energischen Bekämpfung der Kapitalflucht gefaßt. Zum Schluß teilt die Erklärung mit, daß der Ministerrat noch nicht die Zeit gefunden habe, die Ernennungen der spanischen Auslandsvertreter und der Gouverneure vorzunehmen. Der nächste Ministerrat wird morgen nachmittag abgehalten werden.

Weitgehende Reformen der neuen spanischen Regierung

Paris, 16. April. (R.) Der Außenpolitiker des „Matin“ berichtet aus Madrid, von Stunde zu Stunde gestalte sich das Programm der republikanischen Regierung umfangreicher. Anfänglich wollte die Regierung nur die Aufrechterhaltung der Ordnung, bis die verfassunggebende Versammlung zusammentrete. Jetzt wolle man durch Dekrete die gesamte Gesetzgebung ändern und Grundsätze zur Anwendung bringen, die noch keiner gesetzgebenden Versammlung unterbreitet worden seien. Das sei um so erstaunlicher, als die Gegner der Monarchie im Lande nicht die absolute Mehrheit hätten. Die unentwegten Republikaner dürfen 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Gewiß würden sich bei den in zwei Wochen stattfindenden Wahlen weit mehr Wähler als Republikaner bekennen. Nichts sei ansteckender als eine Volksbewegung dieser Art, und die politischen Agenten würden jetzt nicht nur wagen, die Bauern zu zwingen, im bestimmten Sinne abzustimmen. Dadurch würden die Republikaner noch Millionen von Anhängern gewinnen. Aber gerade deshalb müsse sich ein unparteiischer Beobachter darüber wundern, daß die Regierung schon jetzt soziale und politische Maßnahmen treffe, die den Entschlüssen der künftigen verfassunggebenden Versammlung vorgreifen, wie Trennung von Kirche und Staat, Gleichheit und Freiheit der Glaubensbekenntnisse, laizistische Verwaltung der Friedhöfe und allerhand andere einschneidendere Reformen, von der Abschaffung der Titel, Auszeichnungen und Uniformen gar nicht zu reden.

Aus der Republik Polen

Politischer Diebstahl bei einem Lemberger Bischof

Lemberg, 16. April. (R.) Aus der Wohnung des griechisch-katholischen Bischofs Buczek wurden gestern, während er in der Kirche die Messe las, durch unbekannte Täter wichtige Akten gestohlen. U. a. wurde aus einem verschlossenen Schrank die Korrespondenz der griechisch-katholischen Bischöfe untereinander, die Korrespondenz des Bischofs Buczek mit dem Warschauer Nuntius, ferner Protokolle von Geistlichen aus den Gemeinden Ostgaliziens und andere Dokumente gestohlen. Da außer einem kleinen Geldbetrag Wertsachen nicht entwendet worden sind, dürfte es sich um einen politischen Diebstahl handeln.

Entscheidung von Wahlprotesten

Warschau, 16. April. Wie bereits kurz gemeldet, wird das Oberste Gericht noch vor den Gerichtsferien über eine Reihe von Wahlprotesten entscheiden. Insgesamt wurden 164 Proteste eingereicht, wovon vor den Ferien 22 entschieden werden sollen. Was die von deutscher Seite eingereichten Proteste betrifft, so kommt

als erster der von dem Leiter des Deutschen Sejmbüro in Dirschau, Kurt Knabe, eingereichte Protest gegen die Gültigkeit der Wahlen im Bezirk 29 (Dirschau) zur Verhandlung.

Alle vor den Ferien zur Verhandlung kommenden Proteste betreffen die Sejmwahlen. Weitere Termine werden erst nach den Gerichtsferien festgelegt werden.

Kommt die Amnestie?

Warschau, 16. April. Der Krakauer „Ilustr. Kurjer Codz.“ wußte vor einigen Tagen zu berichten, daß die Regierung sich mit der Absicht trage, im Mai eine Amnestie zu erlassen. Von amtlicher Seite hat diese Meldung bisher noch keine Bestätigung erfahren. Das Krakauer Blatt weiß nun weiter zu berichten, daß die bevorstehende Amnestie nur gerichtliche und administrielle Geldstrafen betreffen werde. Dadurch soll ein Teil der Bevölkerung in Anbetracht der schweren Wirtschaftslage von den Lasten befreit werden, die die Anwendung der Strafen auferlegt. Die Amnestie soll hingegen Gefängnis oder Haftstrafen für politische oder kriminelle Vergehen nicht betreffen.

Einfuhrzoll für künstliche Düngemittel soll erhöht werden

Warschau, 16. April. Wie aus maßgebender Quelle berichtet wird, wird in allernächster Zeit eine Verordnung erscheinen, durch die der Einfuhrzoll für künstliche Düngemittel nach Polen bedeutend erhöht werden soll. Diese Maßnahme wird diktiert von der Erwägung, daß die inländische Produktion für den Bedarf vollkommen ausreicht.

Ein ehemaliger Brestgefangener vor Gericht

Warschau, 16. April. Vor dem Geschworenen Gericht in Lemberg begann gestern der Prozeß gegen den ehemaligen Brester Gefangenen und ukrainischen Abg. Iwanow Liszczyński, dem vorgeworfen wird, daß er auf Wahlversammlungen Reden gehalten habe, in denen gegen einzelne Minister sowie gegen den Bestand des Staates gehetzt wurde. Nach Verlesung des Anklageaktes ergriff der Angeklagte das Wort und erklärte, daß er ein Mitglied der nationalukrainischen Organisation Undo sei, deren Ziel es sei,

mit gesetzlichen Mitteln die Schaffung einer unabhängigen Ukraine

zu erlangen. Er hätte niemals Haß gegen Polen gesät und sogar oft genug auf Versammlungen die erregten Gemüter der ukrainischen Bevölkerung beruhigt.

Von dem Gerichtshof werden alle Fragen der Verteidiger, die sich auf Brest beziehen, nicht zugelassen. So ist zu erwarten, daß auch auf diesem Prozeß eine behördliche Feststellung über die Vorgänge in Brest nicht zu erwarten ist.

Literarischer Preis der Stadt Warschau vergeben

Der Literarische Preis der Stadt Warschau für das Jahr 1931 ist vom Preisgericht Zdzisław Dembicki zugesprochen worden. Der Preis beläuft sich auf 15 000 Zloty. Die offizielle Bekanntgabe des Laureat erfolgt satzungsgemäß am 3. Mai.

Angestellte gekündigt

Dieser Tage hat, wie die Polnische Telegraphenagentur aus Lublin meldet, die Hauptverwaltung des Zamoyskischen Majorats, dessen Güter sich über 5 Kreise der Wojewodschaft Lublin erstrecken, allen ihren Angestellten zum 1. Juli gekündigt.

Litauisch-polnische Verständigung?

Wie aus Wilna gemeldet wird, haben im polnisch-litauischen Grenzgebiet Konferenzen stattgefunden, die der Liquidierung der Grenzzwischenfälle und einer Besprechung der Angelegenheit der Eröffnung des Grenzverkehrs im Zusammenhang mit der nahenden Saison der Landarbeiten gewidmet waren. Diese Konferenzen haben ein günstiges Ergebnis gezeitigt und zu einer Verständigung in allen besprochenen Fragen geführt.

Der Absturz des Flugzeuges D 1928

Rietschen O.-L., 15. April. (R.) Bei dem auf der Strecke Berlin—Görlitz verunglückten Flugzeugs D 1928 handelt es sich um eine 10sitzige Maschine vom Typ M. 20. Das Flugzeug ist gänzlich zerstört. Der linke Flügel hängt noch in den Bäumen, der rechte Flügel und der Rumpf sind völlig verbrannt. Die Leichen der beiden Führer, des Piloten Schirmer und des Bordwarts Bischof, liegen, mit Tannenreisig bedeckt, hinter dem zerbrochenen Propeller. Die Ursachen des Absturzes sind zur Zeit noch völlig ungeklärt. Nach Aussage von Augenzeugen flog der Apparat über Rietschen sehr niedrig. Plötzlich senkte er sich nach links und rutschte nach dem Walde zu ab. Als der eine Flügel die Baumspitzen berührte, wurde die Maschine völlig aus der Flugrichtung gedrückt, der Anprall wurde dadurch jedoch etwas abgeschwächt. Kurze Zeit später kam es zu einer Explosion. Die 7 Passagiere und der Bordfunker konnten durch die Tür und durch ein am Schwanzende entstandenes Loch aus dem Flugzeug herauskriechen.

Das Befinden der in das Krankenhaus eingelieferten Verletzten ist zufriedenstellend.

*

Die Namen der verunglückten Offiziere sind folgende:

Oberleutnant **Kühn** von der Kommandantur Münster (Quetschung des Brustkorbs),
Oberleutnant **Dorn** vom Truppenübungsplatz Altengrabow (Bruch des Fußgelenks),
Oberleutnant **Sauberzweig** vom Infanterie-Regiment 8, der Sohn des Generals gleichen Namens (Kopf- und Stirnverletzung sowie Armverwundung),
Oberleutnant v. **Jinnersdorf** (Quetschung des Fußgelenks),
Freiherr v. **Malsen** vom 7. Bayerischen Artillerie-Regiment (leichtere Quetschungen am Körper),
Oberleutnant v. **Schniewing** (Quetschungen am Arm),
Oberleutnant v. **Kries**, unverletzt.
Der Funker Stöcker ist mit leichten Gesichtsverletzungen davongekommen.

Deutscher Journalist aus dem Sowjetparadies ausgewiesen

Dem Berichterstatter der Wiener „Neuen Freien Presse“, Nikolaus Basseches, der als einer der besten Kenner der Sowjetunion gilt, wurde der weitere Aufenthalt auf dem Gebiete der Sowjetunion untersagt.

Dazu bemerkt die „D. A. Z.“: „Nachdem die sensationelle Ausweisung Paul Scheffers schon allmählich in Vergessenheit geraten war, kommt die Nachricht, daß Moskau wieder den Vertreter eines deutschen Blattes ausgewiesen hat: Ingenieur Nikolaus Basseches, der ein Jahrzehnt lang als sowjetrussischer Berichterstatter für die „Neue Freie Presse“ in Wien schrieb, muß wegen eines in dieser Zeitung erschienenen Aufsatzes das Paradies der neuen Volksfreiheit verlassen. Diese Ausweisung ist dazu angetan, aufs höchste zu überraschen, denn gerade Nikolaus Basseches war ein überaus milder Kritiker des bolschewistischen Gewaltsystems. Er war zwar der überzeugte Anhänger eines freien Wirtschaftssystems, brachte aber im übrigen der Mentalität der Sowjetregierung das Höchstmaß von mitfühlendem Verständnis entgegen, das ein Korrespondent deutscher bürgerlicher Blätter überhaupt aufbringen kann. Daß gerade ein solcher Mann von den Machthabern im Kreml ausgewiesen wird, ist eine Tatsache voll bitterer Ironie. Basseches ist österreichischer Staatsbürger, aber in Moskau geboren, mit einigen prominenten Personen des Sowjetsystems durch verwandtschaftliche Bande verknüpft, mit zahlreichen kommunistischen Intellektuellen eng befreundet, ein unvergleichlicher Kenner des russischen Wirtschaftslebens und vieler privater Interna der führenden Sowjetmänner. Daß ein Mann mit seinen Kenntnissen und seiner polemischen Zurückhaltung in Moskau unerwünscht war, läßt erkennen, wie sehr man in Rußland einen sachlichen Bericht über die wirklichen Verhältnisse des Landes fürchtet, weil sie den Propagandabluffs der Dritten Internationale hindernd im Wege stehen. Man lädt lieber sympathisierende Literaten für ein paar Tage oder Wochen ein, füttert sie mit Kaviar, zeigt ihnen, was Väterchen Stalin zu zeigen für gut befindet, als daß man weiterhin die nüchterne Berichterstattung eines seit seiner Jugend mit den russischen Verhältnissen vertrauten Berichterstatters duldet. Immer mehr wird die Orientierung der deutschen öffentlichen Meinung nur auf die Tendenzmeldungen des sowjetoffiziösen Taß-Büro angewiesen sein und auf die flüchtigen Reiseeindrücke irregeführter Literaten.

Wegen Mordes zum Tode verurteilt

Rottweil, 16. April. (R.) Das Schwurgericht verurteilte den 48 Jahre alten Johannes Stieß aus Rottweil, der am 17. Januar seine Frau auf offener Straße mit der Axt erschlagen hat, wegen Mordes zum Tode.

Die letzten Telegramme

Glückwünsche des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers an Oberbürgermeister Dr. Sahm

Berlin, 15. April. (R.) Der Herr Reichspräsident hat dem früheren Danziger Präsidenten Sahm anläßlich seiner Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Berlin telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche zur Wahl und den Wunsch für seine erfolgreiche Amtstätigkeit ausgesprochen. Auch Reichskanzler Dr. Brüning hat dem neugewählten Oberbürgermeister von Berlin telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt.

Arbeitslosenkundgebungen in Kanada

Ottawa, 16. April. (R.) In mehreren Städten Kanadas fanden gestern kommunistische Kundgebungen statt. In Ottawa demonstrierten mehrere 100 Arbeitslose vor dem Parlamentgebäude. In Sudbury (Ontario), einer Hochburg der Kommunisten, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und etwa 3 000 kommunistischen Arbeitslosen. Auch in Winnipeg mußte die Polizei eingreifen und einen Demonstrationszug von 4000 Arbeitslosen auflösen. Ministerpräsident Bennett erklärte im Unterhaus in Ottawa, die Bundes- und die Provinzregierungen hätten während des Winters bereits 70 Millionen Dollar zur Milderung der Arbeitslosigkeit ausgegeben. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sei im allgemeinen nicht kritisch, und die Kundgebungen seien hauptsächlich das Werk kommunistischer Aufwiegler.

Die Kasseler Bankräuber gefaßt

Kassel, 16. April. (R.) Wie das „Kasseler Tageblatt“ berichtet, ist es der Kasseler Kriminalpolizei gelungen, die beiden jungen Leute, die am Montag morgen den Ueberfall auf die Filiale der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft am Bahnhof Wilhelmshöhe unternommen hatten, zu verhaften. Es handelt sich um den 27jährigen erwerbslosen Arbeiter Schmitz und um den arbeitslosen Klempner Kraus. Die Beiden, die erheblich vorbestraft sind, wurden als Täter einwandfrei ermittelt. Er hat sich ferner herausgestellt, daß man mit ihnen auch die Verbrecher gefaßt hat, die am Abend des 7. September v. J. den Raubüberfall auf den Kassenraum der Kasseler Omnibusgesellschaft verübt haben, bei dem ihnen 3200 Mark in die Hände fielen.

Reichsrat tritt demnächst zusammen

Berlin, 15. April. (R.) Der Reichsrat ist für den 21. April einberufen worden, um zu der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Abwickelung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für deutsche Industrieobligationen Stellung zu nehmen.

Dem Reichsrat sind ferner Verordnungen über Brotgewicht und über die Festsetzung des von der deutschen Reichspost zur Ablösung der Verwaltungskostenzuschüsse für 1931 zu zahlenden Pauschbetrages zugegangen.

*

Im Anschluß an die am Sonntag in Berlin stattfindende Zentralvorstandssitzung der deutschen Volkspartei tritt am Montag die Reichstagsfraktion der deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen.

Australien werden seine Schulden gestundet

London, 16. April. (R.) Die englische Regierung stundet dem englischen Gliedstaat Australien zwei Jahre lang die Kriegsschuldenzahlungen. Im englischen Abgeordnetenhaus teilte ein Regierungsvertreter mit, daß die englischen Regierung sich mit einem Zahlungsaufschub für 4 Halbjahreszahlungen in Höhe von etwa je 1¾ Milliarden Mark einverstanden erklärt habe. Da der Wert der australischen Währung gegenüber der englischen Währung stark gesunken sei, so vermeide die australische Regierung durch diesen Zahlungsaufschub einen erheblichen Kursverlust, der bei sofortiger Zahlung entstanden wäre. Die australische Regierung habe den Vorschlag mit Dank angenommen. Die Dauer für die Ablösung der australischen Schuld an England verlängere sich um 2 Jahre.

Englische Arbeiterpartei hält sich

London, 16. April. (R.) In England behauptete bei einer Nachwahl die Arbeiterpartei das Mandat dieses Bezirkes. Die Wahlbeteiligung war wesentlich schwächer als bei der Hauptwahl. Trotzdem konnte der konservative Kandidat seine Stimmenzahl erhöhen.

Wird Henderson Präsident der Abrüstungskonferenz?

Pr. **Berlin, 16. April.**

Wie aus Genf berichtet wird, soll Henderson Präsident der nächsten Abrüstungskonferenz sein, falls diese in Genf oder einer anderen Stadt des Kontinents tagen wird. Sollte sie jedoch auf Wunsch der englischen Regierung in London zusammentreten, so ist beabsichtigt, die Präsidentenschaft dem holländischen Außenminister van Carneweck zu übertragen.

Flottenverhandlungen vertagt

London, 16. April. (R.) Die englisch-italienisch-französischen Flottenverhandlungen, die gestern in London wieder begannen, wurden nach einer kurzen Sitzung auf morgen vertagt. Das Blatt der regierenden englischen Arbeiterpartei wendet sich heute scharf gegen die französische Behauptung, daß die **englische Regierung an einem baldigen Abschluß der Flottenverhandlungen nicht interessiert** sei. Das englische Blatt sagt, daß diese Behauptung jeder Grundlage entbehre. Außenminister Henderson sei sehr stark an einem baldigen und befriedigenden Ausgang der Flottenverhandlungen interessiert, da das Zustandekommen eines Flottenabkommens zwischen England, Italien und Frankreich von größter Bedeutung sei für die bevorstehende Weltabrüstungskonferenz.

Rücktritt des argentinischen Außenministers

Paris, 15. April. (R.) Wie „Havas“ aus Buenos Aires berichtet, ist Außenminister Bosch zurückgetreten.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild“: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“. Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens

Kornelia

geben in dankbarer Freude bekannt.

Bnin, am 13. April 1931.

Pfarrer Blümel u. Frau Magdalena geb. Herrmann.

Gestern verschied im Alter von fast 63 Jahren nach schwerem Leiden die Stiftsdame

Fräulein Anna Woth,

Lehrerin i. R.

Die evangelische Kirchgemeinde St. Matthäi dankt der Entschlafenen für die aufopfernde Treue, mit der sie in religiöser Unterweisung evangelischen Kindern gedient hat.

Brummack, Pfarrer.

Posen, den 16. April 1931.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 18. d. Mts., nachm. um 5 Uhr von der Halle des St. Matthäifriedhofs aus statt.

Für die anläßlich der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme danken wir allen lieben Freunden und Bekannten. Vor allem herzlichen Dank Herrn Pfarrer Dr. Adam für seine trostreichen Worte am Sarge der Dahingegangenen, vielen Dank dem Posaunen-Chor und dem Kirchen-Chor der Gemeinde Ryczywół für ihre letzten Grüße.

Allen ein **Gott vergelt's!**

Familie Haſſe,
Familie Lück,
Familie Klan.

Ryczywół, den 25. April 1931.
Poznań, Lyck (Ostpr.), Skaisgirren (Ostpr.).

Am 13. April 1931 entschlief der stellvertretende Vorsitzende unseres Familienverbandes

Herr

Hans von Treskow

auf Strykowo.

Er hat viele Jahre hindurch die Interessen unseres Verbandes mit Hingabe und Pflichttreue vertreten. Die Familie wird ihm für alle Zeiten ein ehrendes Andenken bewahren.

Für den Familienverband der Familie von Treskow.

S. von Treskow, Friedrichsfelde.

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen vom 18. bis 23. April.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag, ½8 Uhr: Beichtgelegenheit, 9 Uhr: Predigt und Amt, 3 Uhr: Rosenkranz, Predigt und hl. Segen. — Montag, 7 Uhr: Gesellenverein. — Dienstag, 7 Uhr: Jünglingsverein. Jeden Tag ist 7 Uhr morgens und abends Gelegenheit zur hl. Osterbeichte.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen

Synagoge A (Wolnica). Freitag, abends 7 Uhr. — Sonnabend, morgens 7½ Uhr; vormittags 10 Uhr, nachmittags 5 Uhr. Sabbath-Ausgang 7.42 Minuten. Werktäglich, morgens 7 Uhr; abds. 7¼ Uhr.

Synagoge B (Dominikańska). Sonnabend, nachmittag 4½ Uhr: Jugendandacht.
